

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXI. Jahrgang, Nr. 8

Abgeschlossen am 31. August 1948

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Die ökonomischen Voraussetzungen für die Lösung der gegenwärtigen Preis-Lohn-Problematik

Die Erhöhung der Produktion und der Produktivität seit dem Preis-Lohn-Abkommen — Die Entwicklung des Realeinkommens — Möglichkeiten einer kurzfristigen Erhöhung der Reallöhne — Der Weg der Preissenkung — Der Weg der Lohnerhöhung — Das Problem der Währungssicherung und des Abbaues der Agrarpreissubventionen

Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise, Lebenshaltungskosten, Löhne — Ernährung — Landwirtschaft — Energiewirtschaft — Gewerbliche Produktion — Umsätze — Arbeitslage — Verkehr — Außenhandel

Zur Frage der Handelsspannen in Österreich

Zunahme der Handelsbetriebe bei niedrigen Umsätzen — Verdienstspannen teilweise überhöht — Durchschnittliche Handelsspannen vor dem Kriege und heute — Das Problem der unvollständigen Konkurrenz im Handel

Die direkten Verteilungskosten der im Lebenshaltungskostenindex enthaltenen Konsumgüter

Nahrungsmittel — Genußmittel — Bekleidung und Schuhe — Haushaltgegenstände — Beheizung — Sonstiges — Zusammenfassung

Österreichische Wirtschaftszahlen

(Genauere Inhaltsangabe auf der 3. Umschlagseite)

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Die ökonomischen Voraussetzungen für die Lösung der gegenwärtigen Preis-Lohn-Problematik

Ein Jahr nach Abschluß des Preis-Lohn-Abkommens vom August 1947, das Lebenshaltungskosten und Löhne mit Erfolg stabilisierte und dadurch eine akut drohende Inflation verhinderte, steht die Wirtschaftspolitik neuerdings vor dem schwierigen Problem, zwischen den verschiedenen Interessen, die letzten Endes auf eine andere Verteilung des Sozialproduktes abzielen, einen Ausgleich zu finden, ohne den seit der Währungsreform sich vollziehenden Gesundungsprozeß der Wirtschaft zu gefährden.

Das Preis-Lohn-Abkommen vom vorigen Jahr sah zwischen den gewerblichen Preisen und den Löhnen einen verhältnismäßig großen Abstand vor, der mit Rücksicht auf die stark verminderte Produktivität gerechtfertigt war. Dagegen wurden die speziellen landwirtschaftlichen Preise zunächst unter dem Kostenniveau festgehalten, mit der Absicht, den Abstand zwischen dem friedensmäßigen Lebenshaltungskostenindex und dem Tariflohnindex in

möglichst engen Grenzen zu halten. Dem Preis-Lohn-Konzept lag die Überlegung zugrunde, daß die gewerbliche Wirtschaft, die in der Ausgangskonstellation durch die Zubilligung kostendeckender Preise begünstigt worden war, mit steigender Produktion und erhöhter Produktivität in die Lage kommen werde, den Abstand zwischen gewerblichen Preisen und Löhnen entweder durch Preissenkungen oder Lohnerhöhungen zu vermindern. Man sah eine Entwicklung voraus, die sowohl eine nachträgliche Erhöhung der landwirtschaftlichen Preise, als auch, unter bestimmten Voraussetzungen, eine allmähliche Verbesserung des Realeinkommens der Arbeiterschaft erlauben werde. Die zunächst kaum vermeidbare Schwäche dieses Konzeptes lag darin, daß man der Landwirtschaft nur relativ kurzfristig nichtkostendeckende Preise zumuten konnte, wenn man nicht eine stillschweigende Sanktionierung des Schwarzen und Grauen Marktes oder

eine Subventionierung der Agrarpreise in Kauf nehmen wollte. Bekanntlich entschied man sich erst nach langem Zögern, nachdem sich der Graue Markt, besonders in den westlichen Bundesländern, bereits weitgehend durchgesetzt hatte, für den zweiten Weg, obwohl allseits ernste Bedenken gegen die Politik der Agrarpreissubventionierung bestehen.

Die Erhöhung der Produktion und der Produktivität seit dem Preis-Lohn-Abkommen

Die österreichische Wirtschaft hat seit dem Preis-Lohn-Abkommen auf allen Gebieten bedeutende Fortschritte erzielt. Gegenüber August 1947 hat sich die Kohlenversorgung um 29,9%, die industrielle Produktion um 43,5% und die Produktivität um 28,3%, das handelsstatistisch erfaßte Einfuhr- und Ausfuhrvolumen um 90,5% und 135% und der Güterverkehr der Bundesbahnen um 23,2% erhöht. Auch die landwirtschaftliche Produktion ist heuer, vor allem dank der günstigen Witterung, bedeutend größer als im Vorjahr. Der Beschäftigtenstand in der gewerblichen Wirtschaft ist trotz des durch die Geldverknappung ausgelösten Druckes auf den Arbeitsmarkt etwas höher als im Jahre 1947 und liegt zur Zeit mit rund 1,4 Mill. Beschäftigten um rund 50% über dem Monatsdurchschnitt des Jahres 1937. Dazu kommt, daß der Strom ausländischer Hilfslieferungen unvermindert anhält und sich mit dem Anlaufen des Marshall-Planes noch weiter vergrößern wird. Es besteht also kein Zweifel, daß das Wirtschaftsvolumen innerhalb der letzten 12 Monate sowohl insgesamt als auch je Beschäftigten ständig zugenommen hat und daß das gesamte Sozialprodukt heute erheblich größer ist als zur Zeit des Preis-Lohn-Abkommens.

Zur Entwicklung der österreichischen Wirtschaft

	August 1947	De- zember 1947 Durchschnitt	Juni 1948	Juni 1948 in % von Aug. 1947
Kohlenversorgung . . .	99,4	119,9	129,1	129,9
Industrielle Produktion	68,7	69,2	98,6	143,6
davon:				
Produktionsgüter . . .	99,7	94,7	140,5	140,9
Konsumgüter	43,5	48,4	64,6	148,5
davon:				
Textilien	39,4	48,3	46,3	117,5
Leder und Schuhe . . .	43,8	44,2	60,2	137,4
Produktivität der In- dustrie	56,8	53,5	72,9	128,3
Beschäftigung in der ge- werblichen Wirtschaft	157,5	156,3	159,7	101,4
Güterverkehr der Bundesbahnen	114,7	117,2	141,3	123,2

Bei einer Beurteilung der Möglichkeiten einer Verbesserung des Realeinkommens der Arbeiter und Angestellten darf allerdings nicht übersehen werden, daß an der relativ hohen Gesamtproduktion (98,6% von 1937) die Produktionsgüterindustrien weit stärker (140,5%) beteiligt sind als die Konsumgüterindustrien (64,6%) und daß gerade die für den Massenkonsum wichtige Textilerzeugung mit 46,3% und die Leder- und Schuhindustrie mit 60,2% der Leistung des Jahres 1937 noch weit von einer friedensmäßigen Produktion entfernt sind.

Die Entwicklung des Realeinkommens

Die Entwicklung des Realeinkommens der Arbeiter und Angestellten im vergangenen Jahr läßt sich ziffernmäßig nur sehr schwer errechnen. Die Hauptschwierigkeit liegt darin, daß sich die wirtschaftliche Lage der verschiedenen Arbeiter- und Angestelltenschichten, je nach ihrer Einkommenshöhe und je nachdem, ob sie ihr Entgelt ausschließlich in Bargeld oder teilweise auch, wie dies vor allem vor der Währungsreform häufig üblich war, in Naturalien bezogen haben, sehr verschieden verändert hat. Es spielt auch eine Rolle, in welchem Ausmaß der einzelne als Käufer oder Verkäufer am Schwarzen Markt beteiligt war. Trotz dieser Vorbehalte läßt sich zumindest die allgemeine Entwicklungstendenz des Realeinkommens deutlich als steigend erkennen.

Als Beweis für die Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten seit dem Preis- und Lohnabkommen wird vor allem ins Treffen geführt, daß der Lebenshaltungskostenindex seit August v. J. bedeutend stärker gestiegen sei als der Lohnindex. Tatsächlich wurde die im Abkommen vorgesehene Höchstmarge von 10% bereits im September v. J. mit 12,1% und im März d. J. sogar mit 20,5% überschritten. In den folgenden Monaten verringerte sich dieser Abstand infolge verschiedener Preissenkungen und beträgt derzeit 15,8%.

Abgesehen von allen Einwänden, die unter den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen gegen einen auf der Grundlage eines friedensmäßigen Verbrauchsschemas berechneten Lebenshaltungskostenindex vorgebracht werden können, ist festzuhalten, daß bereits bei Abschluß des Preis- und Lohnabkommens vorausgesehen wurde, daß die Lebenshaltungskosten infolge der Erhöhung der gewerblichen Preise, Tarife usw., trotz Niedrighaltung der Nahrungsmittelpreise und der Mieten, um ungefähr 18 bis 20% über den Tariflohn steigen werden. Die Festlegung einer Marge von nur 10% war daher

von vornherein eine Fiktion. Objektiv läßt sich nur feststellen, daß der Lebenshaltungskostenindex nach Auswirkung der vorgesehenen Preis- und Tarifierhöhungen bis auf 20,5% (März d. J.) stieg und seither, infolge eingetretener Preissenkungen, auf 15,8% (Juli und August d. J.) sank.

Diese seit Monaten sichtbare Tendenz einer langsamen Annäherung der Lebenshaltungskosten- und der Tariflohnindizes wird auch durch die Entwicklung der Arbeiter-Nettoverdienste bestätigt, die in den vergangenen Monaten ständig gestiegen und im Juni d. J. bis auf rund 13% (Basis 1938) an die Lebenshaltungskosten herangekommen sind¹⁾.

Entwicklung der Lebenshaltungskosten, Tariflöhne und Verdienste der Arbeiter in Wien

	Lebenshaltungskosten April 1945 = 100	Tariflöhne	Lebenshaltungshöhe als Löhne um %	Lebenshaltungskosten April 1938 = 100	Nettoverdienste August 1938 = 100	Lebenshaltungshöhe als Verdienste um %
1947						
IX.	342,0	305,1	12,1	290,5	243,7	19,2
X.	350,2	305,1	14,8	297,5	250,9	18,6
XI.	354,5	305,1	16,2	301,2	254,3	18,4
XII.	357,0	305,1	17,0	303,3	258,1	17,5
1948						
I.	359,6	305,1	17,9	305,5	241,0	26,7
II.	359,7	305,1	17,9	305,6	251,1	21,7
III.	367,6	305,1	20,5	312,3	255,3	22,3
IV.	364,3	305,1	19,4	309,5	265,8	16,4
V.	361,9	305,1	18,6	307,4	270,2	13,8
VI.	360,1	305,1	18,0	306,0	270,7 ¹⁾	13,0 ¹⁾
VII.	356,6	307,9	15,8			
VIII.	356,5	307,9	15,8			

¹⁾ Ohne Berücksichtigung der erst seit 1. Juli wirksam gewordenen Lohnsteuermäßigung.

In welchem Umfang der Sturz der „schwarzen“ und der „grauen“ Preise seit der Währungsreform das Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten — die nach den Haushaltsstatistiken im vergangenen Jahre rund 20% ihrer Einkommen für zusätzliche Lebens- und Genußmitteleinkäufe verwendeten — beeinflusste, läßt sich ebenfalls ziffernmäßig nicht genau ausdrücken. Aber auch die vorsichtigsten, sicherlich hinter der Wirklichkeit zurückbleibenden Annahmen und Berechnungen führen zu dem Ergebnis, daß das Sinken der Preise auf dem Schwarzen und dem Grauen Markte auch den breiten Volksschichten eine fühlbare Erleichterung ihrer Lebens-

¹⁾ Die verschiedene Erhebungsbasis für den Lebenshaltungskostenindex (März 1938) und den Verdienstindex (August 1938) läßt auf eine relativ stärkere Entwicklung der Verdienste schließen, da zwischen März und August 1938 in gewissem Umfang Lohnerhöhungen stattgefunden haben.

haltung gebracht hat. In diesem Zusammenhang muß vor allem an die stark gesunkenen „grauen“ Preise für die verschiedenen Dienstleistungen, Reparaturen und zahlreichen gewerblichen Gebrauchsgegenstände gedacht werden, die im offiziellen Lebenshaltungskostenindex entweder überhaupt nicht oder nur mit einem geringen Gewicht berücksichtigt sind, praktisch aber in jedem Haushalt eine große Rolle spielen.

Nicht zuletzt bedeutet die Erhöhung der offiziellen Lebensmittelrationen von 1600 auf 1700 Kalorien (im November v. J.) und auf 1800 Kalorien (im Juni d. J.) sowie der Umstand, daß seit der Währungsreform ungleich mehr und qualitätsmäßig bessere Waren angeboten werden und die Wahlmöglichkeiten größer geworden sind, für alle Bevölkerungsschichten eine, wenn auch ziffernmäßig schwer faßbare Verbesserung des Realeinkommens.

Diese Feststellungen schließen nicht aus, daß der Lebensstandard des überwiegenden Teiles der Arbeiter und Angestellten, absolut gesehen, noch immer äußerst bescheiden ist und im allgemeinen noch bedeutend unter dem Vorkriegsniveau liegt²⁾. Die offiziellen Lebensmittelrationen sind noch immer quantitativ und besonders in Wien auch qualitativ unzureichend. Die Gemüseversorgung beträgt zur Zeit erst 50%, die Milchversorgung nur ein Drittel des Friedensverbrauches. Die Versorgung mit Textilien und Schuhwerk deckt nur einen kleinen Teil des seit vielen Jahren aufgestauten Bedarfs. Viele Preise, insbesondere für Wiederaufbauwohnungen und Möbel, aber auch für Gemüse und Bekleidungsgegenstände, sind für zahlreiche Lohn- und Gehaltsempfänger noch unerschwinglich. Man darf jedoch nie vergessen, daß die Dürftigkeit der gegenwärtigen Lebenshaltung nur die zwangsläufige Folge der schweren Substanzverluste und der im ganzen stark verminderten Produktivität der Wirtschaft ist. Der Umstand, daß mit dem allmählichen Abbau der Bewirtschaftung und der Ausbreitung des „grauen“ Lebensmittelmarktes, besonders in den Bundesländern, immer mehr Waren frei erhältlich geworden sind und offen zum Verkauf angeboten werden, mag dem einzelnen Konsumenten seine geringe Kaufkraft erst voll bewußt werden lassen.

Zu diesem psychologischen Moment kommt vielfach aber noch ein sehr realer Faktor: Zahlreiche

²⁾ Das Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten liegt zweifellos noch tiefer, als aus den vergleichbaren Lebenshaltungskosten-, Lohn- und Verdienstindizes hervorgeht, da die Lohn- und Gehaltsempfänger noch immer nicht ihr gesamtes Nominaleinkommen zu den offiziellen Preisen realisieren können.

Arbeitnehmer, die in der vorangegangenen Inflationsperiode neben ihren offiziellen Löhnen und Gehältern von ihren Firmen auch Warenzuteilungen für den eigenen Verbrauch oder zur weiteren Verwertung auf dem Schwarzen Markt erhielten, haben durch die sinkende Tendenz der Preise auf dem Schwarzen und dem Grauen Markt tatsächlich eine Einbuße ihres Realeinkommens erlitten.

Faßt man jedoch alle Ergebnisse und Überlegungen zusammen, so kann kein Zweifel bestehen, daß seit dem Preis-Lohn-Abkommen vom August v. J. auch für die breiten Schichten der Arbeiter und Angestellten das Realeinkommen — mehr oder minder — gestiegen ist. Eine andere Frage ist, ob das Realeinkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger Schritt gehalten hat mit der Verbesserung der Produktion, der Produktivität und des Unternehmereinkommens, und eine weitere Frage, ob, und in welchem Ausmaße sowie unter welchen Bedingungen das Realeinkommen der Unselbständigen in kurzer Frist verbessert werden kann.

Möglichkeiten einer kurzfristigen Erhöhung der Reallöhne

In einer zentral gelenkten Zuteilungswirtschaft, in der staatliche Planungsstellen den Verbrauch und das Einkommen der einzelnen Wirtschaftssubjekte festlegen und kontrollieren, kann das Realeinkommen einzelner Bevölkerungsschichten im Rahmen der durch das gesamte Sozialprodukt gezogenen Grenzen zumindest theoretisch willkürlich verschoben werden. Die österreichische Wirtschaft nähert sich jedoch seit dem Währungsschutzgesetz weitgehend wieder einer freien Verkehrswirtschaft, in der sich nach den Gesetzen des Marktmechanismus automatisch eine bestimmte Verteilung des Sozialproduktes einspielt, die durch wirtschaftspolitische Eingriffe nur in beschränktem Umfang verändert werden kann.

Die geschichtlichen Erfahrungen in Ländern mit freier Verkehrswirtschaft zeigen, daß sich auch ohne behördliche Eingriffe Löhne und Gehälter auf längere Sicht immer parallel zum gesamten Volkseinkommen entwickeln und daß ihr Anteil am Sozialprodukt über lange Zeiträume relativ konstant bleibt. Die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft seit der Währungsreform bestätigt diese Gesetzmäßigkeit, wenn auch infolge der starken Verzerrung der Lohn- und Preisstruktur der österreichischen Nachkriegswirtschaft dieser Prozeß noch nicht deutlich genug in den offiziellen Preis-, Lohn- und Lebenshaltungskosten-Statistiken sichtbar werden kann. Für die gegenwärtige wirtschaft-

liche Entwicklungsphase ist ja gerade — wie im übrigen vorausgesehen wurde — charakteristisch, daß zunächst die offiziellen Preise noch relativ konstant bleiben und, soweit sie bisher aus gesamtwirtschaftlichen Erwägungen künstlich unter dem Kostenniveau gehalten wurden, sogar eine Anpassung nach oben suchen, während sich der Preiseinbruch bisher vor allem in den weiten Bereichen der nicht oder nur unzulänglich kontrollierten Güter und Dienstleistungen abspielt. Diese Angleichung der verschiedenen Preisniveaus ist keineswegs eine unwichtige Voraussetzung für die Wiederherstellung einer voll funktionsfähigen Wirtschaft und damit für die Steigerung der Produktion und des Realeinkommens.

Indessen werden sich alle Maßnahmen, die auf eine Steigerung der Gesamteffizienz der Wirtschaft abzielen — und hier bestehen gewiß noch zahlreiche Möglichkeiten —, auch unter günstigen Voraussetzungen nur allmählich in einer Erhöhung des Realeinkommens auswirken, während die Arbeiterschaft gegenwärtig *kurzfristig* eine Besserung ihrer Lebenshaltung verlangt. Begründet wird diese Forderung damit, daß das Realeinkommen der Unselbständigen seit dem Preis-Lohn-Abkommen weniger gestiegen sei als das Volkseinkommen — eine Behauptung, die durch einige Symptome im österreichischen Wirtschaftsleben scheinbar gestützt wird¹⁾.

Es ist daher die Frage, auf welchem Wege und bis zu welchem Ausmaße in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklungsphase bereits eine Korrektur der Einkommensverteilung ökonomisch sinnvoll, das heißt ohne Gefährdung des Gesundungsprozesses unserer Wirtschaft und damit auch im Interesse der Arbeiter- und Angestelltenschaft selbst möglich ist.

Der Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger am Sozialprodukt könnte grundsätzlich entweder dadurch erhöht werden, daß die Preise bei unverminderten Nominallohnen und Gehältern sinken oder daß die Geldeinkommen der Unselbständigen erhöht werden, ohne daß die Unternehmer in höhere Preise

¹⁾ Die industrielle Produktion ist seit August 1947 um 43,5% und die Produktivität um 28,3% gestiegen, während die Tarifstundenlöhne unverändert geblieben sind und die offiziellen Preissenkungen sicherlich nicht alle Möglichkeiten ausschöpften. Andererseits sind die Verdienste der Arbeiter auch nach dem Preis-Lohn-Abkommen noch gestiegen, während die Gewinne der gewerblichen Unternehmer und der Landwirte infolge des Sturzes der „schwarzen“ und „grauen“ Preise teilweise stark zurückgegangen sind.

ausweichen. Auch eine Kombination beider Methoden wäre denkbar.

Der Weg der Preissenkung

Seit dem Währungsschutzgesetz erfolgten teilweise Preisanpassungen automatisch als Folge der Geldknappheit, teilweise wurden Preissenkungsaktionen bei Gütern mit gebundenen Preisen dekretiert. Das Ausmaß der bisherigen Preissenkungen war bei den unmittelbar lebenswichtigen und daher einer strengeren Kontrolle unterworfenen Gütern aus den erwähnten Gründen bedeutend geringer als für die übrigen Erzeugnisse. Trotzdem spiegelt sich die Senkung der gewerblichen Preise teilweise auch im Lebenshaltungskostenindex deutlich wider, der vom März d. J. bis August von 367,6 auf 356,6 (April 1945 = 100) zurückging, wodurch sich der Abstand zwischen Lebenshaltungskostenindex und Lohnindex um rund 5% verminderte¹⁾. Bedenkt man, daß eine Senkung der Preise sämtlicher gewerblicher Erzeugnisse (Textilien, Schuhe, Hausrat usw.) um insgesamt 15% den gegenwärtigen Lebenshaltungskostenindex nur um rund 4%, senken würde, dann erscheinen die bereits erreichten Erfolge keineswegs unbedeutend.

Einer weiteren wirksamen Senkung der Preise, die mit Rücksicht auf die erheblich verbesserten Produktionsbedingungen durchaus möglich ist, stehen heute aber noch verschiedene Hindernisse im Wege, die durch die Freigabe einzelner Preise und durch die Aufhebung der Bezugscheinpflicht erst teilweise beseitigt wurden. Der Marktmechanismus und damit die Konkurrenz der einzelnen Unternehmer konnte sich bisher nicht voll entfalten, da aus der Zeit der Bewirtschaftung noch viele monopolartige Organisationen und marktregelnde Vorschriften bestehen, die ihre ursprüngliche Funktion längst verloren haben und sich nur noch hemmend auf die Entwicklung der Produktion und den Anpassungs- und Ausleseprozeß der Marktwirtschaft auswirken. Durch die Beseitigung der funktionslos gewordenen Überreste der Bewirtschaftung und durch eine bewußte Politik zur Bekämpfung privater Monopole und kartellistischer Verabredungen könnten zweifellos weitere Preissenkungen bewirkt und auf diesem Wege das Realeinkommen der Unselbständigen erhöht werden²⁾.

¹⁾ Diese Verminderung ergab sich allerdings nicht infolge von Preissenkungen gewerblicher Güter, sondern teilweise auch infolge einer Verbilligung des Weines und einer kleinen Erhöhung der Netto-Tariflöhne.

²⁾ Entschließt man sich, den Abbau des heutigen Bewirtschaftungssystems konsequent weiterzuführen, dann muß man sich allerdings im klaren sein, daß die Politik

Trotzdem darf man die Möglichkeiten einer kurzfristigen Verbesserung der Reallöhne durch Preissenkungen nicht überschätzen. Auch unter günstigen Voraussetzungen wird es im überwiegenden Teil der Wirtschaft nicht möglich sein, die Idealform der vollständigen Konkurrenz herzustellen. Bei „unvollständiger“ Konkurrenz jedoch, die für die freie Verkehrswirtschaft typisch ist, setzen sich Preissenkungen doch nur langsam durch. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß bei den Hauptnahrungsmitteln, die einen großen Teil des Ausgabenbudgets einer Arbeiterfamilie einnehmen, vorläufig nicht mit Preissenkungen gerechnet werden kann — falls die Subventionierung der Lebensmittel aufgehoben wird, würden sich die Verbraucherpreise für Lebensmittel sogar beträchtlich erhöhen —, während sich die Preissenkungen in der gewerblichen Wirtschaft erst nach und nach von den vorgelagerten Stufen bis zu den Konsumgütern durchsetzen.

Der Weg der Lohnerhöhung

Da das Realeinkommen durch Preissenkungen auch unter günstigen Voraussetzungen kurzfristig kaum nennenswert erhöht werden kann, ist es naheliegend, dieses Ziel durch eine allgemeine Erhöhung der Löhne und Gehälter anzustreben.

Grundsätzlich ist jede *generelle* Lohnerhöhung, sofern sie ein bescheidenes Ausmaß übersteigt, für jede Wirtschaft, in besonderer Weise aber für die heutige österreichische Wirtschaft mit ihrer sehr ungleichmäßigen Liquidität äußerst problematisch. Die in einzelnen Bilanzen ausgesuchter Unternehmungen aus den Jahren 1946 und 1947 aufscheinenden großen Erfolge weisen zum Großteil nur inflatorisch bedingte Scheingewinne aus, die sich aus der Preissteigerung der Vermögensbestände ergeben, und erlauben daher keine Rückschlüsse auf die wirkliche Leistungsfähigkeit der gewerblichen Wirtschaft. Eine Lohnerhöhung in der gegenwärtigen labilen Entwicklungsphase könnte leicht die Erwartung eines inflatorischen Auftriebes auslösen und dadurch neuerdings den Anstoß zur Zurückhaltung der Waren und zu einer Erhöhung der Preise geben. Eine Verbesserung der Realeinkommen wird daher nur zu erwarten sein, wenn die Lohnerhöhungen tatsächlich auf Kosten der Unternehmergewinne der „freien Wirtschaft“ nur in Verbindung mit einer vorsichtigen Währungs-, Kredit- und Budgetpolitik zu den gewünschten Ergebnissen führt. Bestehen diese Voraussetzungen nicht, dann würden mit der Beseitigung der wirtschaftlichen Bindungen die letzten Dämme abgetragen werden, die gegebenenfalls einen Durchbruch inflationistischer Strömungen verhindern könnten.

gehen und die Erwartungen der Wirtschaft über die künftige Preisentwicklung durch die Lohnbewegung nicht beeinflußt werden.

In welchem Umfang die österreichische Wirtschaft zur Zeit Lohnerhöhungen ohne Preisreaktionen tragen kann, läßt sich nicht eindeutig beantworten. Sicherlich ist eine Reihe von Betrieben in beachtlichem Umfang hiezu in der Lage, und sicherlich werden sich hierfür mit dem fortschreitenden Gesundungsprozeß der Wirtschaft allgemein größere Möglichkeiten eröffnen. In einer Reihe von Wirtschaftszweigen jedoch sind die Preise heute bereits so knapp kalkuliert, daß bei höheren Löhnen unbedingt in einem Ausweichen in höhere Preise oder, sofern dies infolge der Nachfragestruktur nicht möglich ist, mit einer Einschränkung der Produktion und damit mit einem Abbau von Arbeitern gerechnet werden muß. Vor allem verträgt die Exportindustrie, deren Preise zum offiziellen Wechselkurs heute schon vielfach über den Weltmarktpreisen liegen, keinerlei Lohnerhöhungen, es sei denn, die Exporteure erhielten auf andere Weise Kompensationen, die jedoch, in welcher Form immer sie gewährt werden (Änderung des Wechselkurses, Einführung eines zweiten Devisenmarktes usw.), zu einer Verteuerung der Importe und letzten Endes auch zu einer Verminderung des Realeinkommens führen müssen.

Im Falle von Lohnerhöhungen muß aber auch an die Finanzlage des Staates und der sonstigen öffentlichen Körperschaften gedacht werden, deren Budgets zum Teil heute bereits bedeutende Defizite aufweisen¹⁾.

Aber selbst unter der Annahme, daß die Löhne nur in einem Ausmaß erhöht werden, das von

¹⁾ Welche Wirkungen eine — angenommen 25%ige — Lohnerhöhung für Staat und Wirtschaft hätte, läßt sich unschwer absehen. Da die Lohn- und Gehaltssumme in der gewerblichen Wirtschaft zur Zeit rund 12 Mrd. S beträgt, würde die Lohnerhöhung rund 3 Mrd. S erfordern. Staat, Länder und Gemeinden zahlen jährlich an Löhnen, Gehältern, Pensionen und Renten rund 5½ Mrd. S, die Mehrbelastung betrüge daher rund 1,3 Mrd. S. Allein die Hoheitsverwaltung des Bundes müßte mit einem Mehraufwand von rund 670 Mill. S rechnen. Auch wenn der Staat einen Teil seiner Mehraufwände wieder in Form von Steuern zurückerhält, würde sein Defizit und das der anderen öffentlichen Haushalte katastrophal anwachsen. Da auch die gewerbliche Wirtschaft bei einer Mehrbelastung von 3 Mrd. S zweifellos sofort mit bedeutend höheren Preisen reagieren würde, müßte dies wieder Lohnforderungen nach sich ziehen, so daß schon in Kürze mit einer äußerst virulenten Inflation gerechnet werden müßte, die sowohl durch die Preis-Lohnschraube, als auch über die Defizite der öffentlichen Haushalte ständig neuen Auftrieb erhielte.

der Wirtschaft ohne Preiserhöhung getragen werden könnte, werden sich die Reallöhne nicht unmittelbar, sondern erst als Folge eines gesamtwirtschaftlichen Umschichtungsprozesses verbessern. Ein Rückgang der Unternehmergewinne wird sich weniger in einer verminderten Nachfrage nach Konsumgütern, als in erster Linie in einem Nachfrageausfall nach Investitionsgütern äußern. Da die erhöhten Löhne und Gehälter überwiegend unmittelbar für Konsumzwecke verausgabt werden, ist zunächst eine erhöhte Gesamtnachfrage nach Konsumgütern zu erwarten. Soweit die Produktion elastisch ist, wird sie sich als Folge der Nachfrageverschiebung von Investitions- zu Konsumgütern zugunsten der Konsumgütererzeugung verlagern und das Realeinkommen wird sich infolge des erhöhten Konsumgüterangebotes erhöhen. Eine solche Umschichtung in der Produktionsstruktur wäre angesichts der gegenwärtigen Unterbeschäftigung der Konsumgüterindustrien sicherlich wünschenswert. Nun aber bestehen gegenwärtig gerade in wichtigen Zweigen der Konsumgüterindustrie, wie in der Leder- und in der Textilindustrie, nur geringe Möglichkeiten einer kurzfristigen Produktionsausweitung, da es an den erforderlichen Rohstoffen fehlt, die erst nach und nach im Rahmen des Marshall-Planes eintreffen werden. Die infolge der Lohnerhöhungen verstärkte Nachfrage würde in diesen Zweigen nur zu Preissteigerungen führen, ohne das Warenangebot zu vergrößern. Die Lohn- und Gehaltsempfänger wären zwar infolge ihrer erhöhten Kaufkraft in der Lage, andere Bevölkerungskreise, etwa die Landwirte, zum Teil vom Markt zu verdrängen, die Verbesserung ihres Realeinkommens entspräche jedoch bei unelastischem Konsumgüterangebot infolge der Preissteigerungen keineswegs der Erhöhung ihrer Geldeinkommen.

Das Problem der Währungssicherung und des Abbaues der Agrarpreissubventionen

Aus den bisherigen Überlegungen ergibt sich, daß der Lebensstandard der Lohn- und Gehaltsempfänger *kurzfristig* innerhalb bestimmter Grenzen wohl durch Lohnerhöhungen, kaum aber durch Preissenkungen, die sich notwendigerweise erst im Laufe einer längeren Entwicklung auswirken, gehoben werden kann. Dagegen kann eine wirkliche, für jeden Haushalt sofort fühlbare Verbesserung der Lebenshaltung — auch wenn diese in den offiziellen Lebenshaltungskosten und Lohnindizes nicht in Erscheinung treten würde — dann erwartet werden, wenn der tägliche Kalorienatz der Ernährung von derzeit 1.800 auf 2.100 gehoben

wird, und wenn es gelänge, in Kürze ausreichende Mengen von Baumwolle, Wolle und Leder einzuführen und zu den begehrtesten Bedarfsgegenständen zu verarbeiten.

Hier liegt der entscheidende Punkt für eine kurzfristige reale Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten: Solange es nicht möglich ist, die Konsumgüterproduktion stärker auszudehnen und die vorhandenen Kapazitäten besser auszunützen als heute, sind Lohnerhöhungen ein sehr problematisches Geschenk. Es darf nie aus dem Auge verloren werden, daß alle die gegenwärtige Leistungsfähigkeit der Wirtschaft übersteigenden Lohnerhöhungen, jede Vergrößerung des Defizits im Haushalt der öffentlichen Körperschaften und jede Kreditausweitung, die auf eine sinnvolle Ausgewogenheit zwischen Produktionsgütern und Konsumgütern nicht Bedacht nimmt, unvermeidlich eine neue Preis-Lohn-Spirale in Bewegung setzen und eine Entwicklung auslösen, in der zwangsläufig die Löhne hinter den Preisen zurückbleiben.

In diesem Zusammenhang stellt sich auch das Problem der Agrarpreissubventionierung. Es läßt sich leicht nachweisen¹⁾, daß die Agrarpreissubventionen in der vorgesehenen Höhe unter Berücksichtigung der Kreditansprüche des Staates und der Wirtschaft, zumindest teilweise, inflatorisch wirken und eine inflatorische Finanzierung der Subventionen letzten Endes auch das Realeinkommen der Unselbständigen schmälern wird. Es mag daher verständlich sein, bereits in der gegenwärtigen Entwicklungsphase, in der die Wirtschaft dank ihrer verbesserten Produktivität in gewissem Umfang bereits Lohnerhöhungen verträgt, diese möglichst weitgehend mit einem Abbau der Agrarpreissubvention zu kompensieren. Ökonomisch gesehen würde die Industrie die Überwälzung der Agrarpreissubventionen auf die Verbraucherpreise tragen, wenn sie die Arbeiter und Angestellten für die Mehrbelastung durch Lohnerhöhungen entschädigt. Umgekehrt zöge die Wirtschaft teilweise daraus einen Vorteil, daß die frei gewordenen Erlöse aus den Hilfslieferungen für die Finanzierung sogenannter produktiver Investitionen verwendet werden können.

Dieses Konzept geht von der Annahme aus, daß unsere Wirtschaft gegenwärtig bereits leistungsfähig genug ist, auf die Hilfe des Auslandes in der Form einer verbilligten Abgabe von Lebensmitteln zu verzichten und die Unterstützung des Auslandes

¹⁾ Siehe hierzu: „Zur Lösung des Agrarpreisproblems“ in Nr. 2 der Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, XX. Jg. (Juli 1948), S. 253 ff.

in größerem Maße als bisher für produktive, d. h. in wesentlichen langfristige Investitionen zu verwenden.

So sicher im Interesse der Währungsstabilität jede Überbeanspruchung der Fondsmittel vermieden werden muß, so ist doch auch die Überlegung anzustellen, ob es heute schon ökonomisch sinnvoll ist, den Hilfsfonds in erster Linie durch den Abbau der Agrarpreissubventionen zu entlasten und die frei werdenden Mittel in konsumferne, erst auf langen Produktionsumwegen realisierbare Vorhaben zu lenken. Eine solche Verwendung der Fondsmittel läuft auf eine weitere relative Beschränkung der Konsumgüterproduktion und eine unverhältnismäßige Ausweitung der Investitionsgüterproduktion hinaus und ist geeignet, das heute schon bestehende Mißverhältnis zwischen Produktionsgüter- und Konsumgütererzeugung (141% und 65% von 1937) noch zu verschärfen und über neue Lohnforderungen inflationistische Auftriebendenzen zu fördern. Angesichts dieser Aspekte fragt es sich, ob bereits in der gegenwärtigen Entwicklungsphase an einen völligen oder auch nur weitgehenden Abbau der Agrarpreissubventionen geschritten werden soll oder ob nicht zweckmäßiger auf andere Weise, etwa durch eine rigorose Beschränkung des überdimensionierten bürokratischen Apparates des Staates und der Wirtschaft eingespart und so einer Inflationsgefahr entgegengewirkt werden soll.

Einer zentral gelenkten Planwirtschaft mag es in hohem Maße — wenn auch keineswegs unbeschränkt — möglich sein, die Investitionsrate auf Kosten des Konsumanteils auszudehnen und der Bevölkerung im Hinblick auf einen rascheren Wiederaufbau eine weitgehende Konsumbeschränkung („Zwangssparen“) zuzumuten. Bei einer freieren Wirtschaftsgestaltung dagegen, in der das wirtschaftliche Geschehen grundsätzlich durch den Preismechanismus gelenkt wird, können die Grenzen zwischen „produktiven“ und „konsumtiven“ Anteil des Sozialproduktes nicht willkürlich gezogen werden. Besonders in Österreich besteht angesichts der gegenwärtig noch sehr schmalen Konsumgüterdecke die Gefahr, daß eine übermäßige Forcierung langfristiger „produktiver“ Investitionen zu Störungen des Wirtschaftsablaufes führt. Im Interesse der Währungs- und Wirtschaftsstabilität schiene es daher wünschenswert, in erster Linie kurzfristig und zur Schließung von Produktionslücken zu investieren und langfristige Investitionen, zumindest in minder wichtigen Bereichen, solange zurückzustellen, bis mit steigendem Realeinkommen auch die Sparrate der österreichischen Wirtschaft wächst.

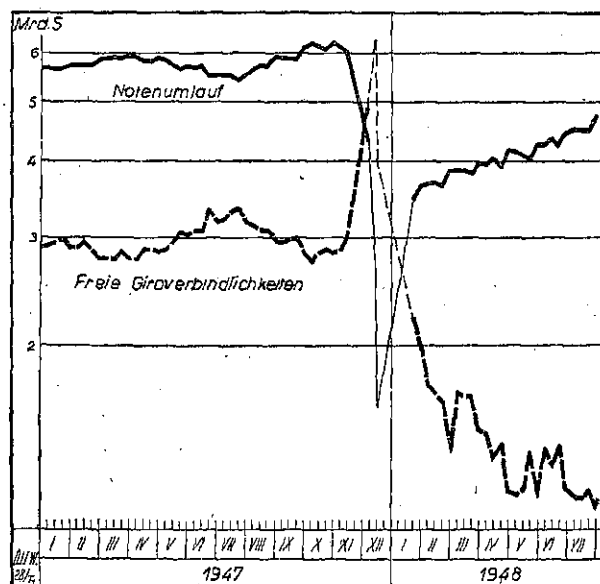
Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten S. 304-305

Die Barabhebungen bei der Osterreichischen Nationalbank halten unvermindert an. Obwohl durch die Stilllegung der Erlöse aus ausländischen Hilfslieferungen laufend bedeutende Geldbeträge der aktiven Zirkulation entzogen werden — im Juli wurden 124 Mill. S auf Sperrkonten der öffentlichen Stellen stillgelegt —, stieg der Notenumlauf im Juli dennoch um 262 Mill. S und erreichte zu Monatsende mit 4.737 Mill. S den bisher höchsten Stand seit dem Währungsschutzgesetz. Diese Ausweitung des Notenumlaufes vollzog sich zum Teil zu Lasten der freien Giroverbindlichkeiten der Nationalbank, die im Berichtsmonat um 154 Mill. S abnahmen. Zum Teil ist sie jedoch darauf zurückzuführen, daß die Kreditinstitute 195 Mill. S Bundesschatzscheine bei der Nationalbank rediskontierten und sich auf diese Weise zusätzliche Barmittel zur Befriedigung der Barabhebungswunsche ihrer Kunden bzw. zur Ausweitung ihres Kreditvolumens verschafften.

Abb. 1. Entwicklung des Notenumlaufes und der freien Giroverbindlichkeiten der Nationalbank

(Log. Maßstab; in Mrd. S)



Seit dem Währungsschutzgesetz ist der Notenumlauf durch Abhebungen von Guthaben öffentlicher Stellen sowie durch die Kreditausweitung der Kreditinstitute ständig gestiegen. Als Folge der starken Abnahme der freien Nationalbank-Giroguthaben ist eine Anspannung des Geldmarktes zu beobachten, die sich in der Rediskontierung größerer Schatzscheinbestande äußert.

Die bedeutende Zunahme der rediskontierten Bundesschatzscheine deutet darauf hin, daß sich auf dem Geldmarkt eine neue Entwicklung anbahnt. Bisher war der Geldmarkt dank hohen National-

bank-Giroreserven der Kreditinstitute äußerst flüssig. Die Kreditinstitute konnten durch Heranziehung ihrer freien und später der freigegebenen gesperrten Giroreserven die hohe Kreditnachfrage der Wirtschaft ohne Beanspruchung des Notenbankkredites befriedigen und darüber hinaus noch laufend Schatzscheine des Bundes aufnehmen, der auf diese Weise die Besatzungskosten sowie das laufende Budgetdefizit finanzierte. Die starke Beanspruchung des Kreditpotentials der Banken sowie die Freigabe von zeitweise gesperrten Spar- und Scheckeinlagen haben jedoch die Liquidität der Kreditinstitute stark vermindert. Während sich Ende Jänner die Giroreserven der Kreditinstitute zu den gesamten freien Einlagen (ohne zeitweise gesperrte Konten) noch wie 1 : 3 verhielten, verschob sich dieses Verhältnis bis Ende Juli auf 1 : 8.

Die Liquiditätslage der Kreditinstitute

	a) freie Nationalbank- giroguthaben Mill. S	b) freie Spar- und Scheckeinlagen ¹⁾	a in % von b
1948 Jänner	1.143	3.704	30,9
März	755	4.277	17,7
Juni	730	4.842	15,1
Juli	610	4.900 ²⁾	12,4

¹⁾ Ohne zeitweise gesperrte Konten.

²⁾ Schätzung.

Da die gesperrten Nationalbank-Giroguthaben der Kreditinstitute bis auf einen kleinen Rest von 41,6 Mill. S bereits erschöpft sind und im September ein weiterer Teil der zeitweise gesperrt Einlagen frei wird, haben viele Kreditinstitute die durch die Liquiditaterfordernisse gezogene Grenze für eine weitere Ausschöpfung ihrer Giroreserven bereits erreicht. Sie werden daher ihr Kreditvolumen nur dann weiter vergrößern können, wenn sie ihrerseits Kredite der Nationalbank beanspruchen. Dabei ist zu erwarten, daß die Kreditinstitute infolge der niedrigen Verzinsung zunächst die in ihren Portefeuilles befindlichen Bundesschatzscheine bei der Notenbank zum Rediskont einreichen werden. Erst wenn ihr Bestand an Schatzscheinen (etwa 800 Mill. S) erschöpft ist, werden sie auf den Rediskont von Handelswechsellen zurückgreifen.

Aus dieser Anspannung des Geldmarktes ergibt sich für den öffentlichen Haushalt eine wichtige Konsequenz; er kann nicht mehr wie bisher damit rechnen, daß die Banken jede Schatzscheinemission ohne Schwierigkeiten aufnehmen werden. Der Staat wird daher in Zukunft in hohem Maße unmittelbar auf den Notenbankkredit angewiesen sein. Angesichts dieser Entwicklung hängt die Sicherung der Währung und in Verbindung damit die Normalisie-

zung der Bilanzstruktur der Nationalbank — Ersetzung der Staatskredite durch kommerzielle Wechsel — von der Ausgeglichenheit des Budgets ab.

Auf dem *Kapitalmarkt* sind die Aktienkurse weiter gesunken. Der Index von 23 Industrieaktien fiel von 292·7 (Mitte Juli) auf 280·5 (Mitte August) und hat damit den bisherigen Tiefststand von 275·6 im Mai fast wieder erreicht (März 1938 = 100). Die Kurse der meisten Aktien liegen erheblich unter dem Niveau, das auf Grund der Ertragslage und der Bonität der einzelnen Unternehmen zu erwarten wäre. Die oft bedeutende Unterbewertung vieler Aktien ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß es an einer umfangreichen anlagesuchenden Nachfrage fehlt, da größere Barbestände der Währungsreform zum Opfer fielen und die Bildung von neuem Sparkapital relativ gering ist. Außerdem wirken die unsichere weltpolitische Lage, die Enge des Marktes sowie saisonbedingter Einflüsse (erhöhter Geldbedarf für Urlaube) kursdrückend. Eine bessere Kurspflege sowie eine Verbreiterung des Marktes wären zur Sicherung langfristigen Kapitalbedarfes der Industrie von besonderer Wichtigkeit.

Löhne, Preise, Lebenshaltungskosten

Dazu statistische Übersichten S. 306—308

Die *Arbeiternettoverdienste* haben sich im Juni von 270·2 auf 270·7 erhöht (August 1938 = 100). Infolge der Erhöhung der Steuerfreibeträge ist im Juli mit einem weiteren Ansteigen des Index zu rechnen.

Auf den „schwarzen“ und freien Märkten erfolgten im Juli — nach der uneinheitlichen Entwicklung im Vormonat — wieder geringe, vermutlich saisonbedingte Preissenkungen. Die „schwarzen“ Devisenkurse, die seit April 1948 um 17% angestiegen waren, fielen um 8%, die freien Versteigerungspreise im Wiener Dorotheum um 3%, die „schwarzen“ Nahrungsmittelpreise um 11% und die Genußmittelpreise um 8%.

Die *offiziellen* Preise blieben im Juli im wesentlichen unverändert. Die Preissenkungen haben sich bisher noch nicht entscheidend auf die Entwicklung der Großhandelspreis- und Lebenshaltungskostenindizes ausgewirkt, obwohl die Preise einzelner Waren stark ermäßigt wurden. Die stärksten Preissenkungen ergaben sich bei amerikanischen Überschußgütern (8—55%), bei einigen Produkten der Maschinenindustrie (10—29%), bei chemischen Produkten (5—30%) sowie bei Baustoffen (5—30%). Zu erwähnen sind ferner Preissenkungen in der Elektroindustrie, der Holzverarbeitenden Industrie,

bei Papier- und Schreibwaren, bei einigen Bergbauprodukten (Kupfer, Magnesit, Schwefelkies) sowie bei Edelstahl. Neben den nominellen Preisermäßigungen dürfen aber auch jene indirekten, schwierig erfaßbaren Verbilligungen nicht übersehen werden, die sich mehr und mehr aus Qualitätsverbesserungen ergeben. Trotzdem besteht der Eindruck, daß die in den letzten Monaten bedeutend verbesserte Produktivität noch weitere namhafte Preissenkungen für gewerbliche Erzeugnisse erlauben würde. Diese können sich aber vielfach nicht durchsetzen, weil gegenwärtig amtliche Höchstpreisbestimmungen und überflüssig gewordene Bewirtschaftungsrelikte kartell- und monopolartige Bestrebungen begünstigen und eine wirksame Konkurrenz der einzelnen Unternehmer verhindern.

Die *Lebenshaltungskosten* nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema blieben im August (356·5) gegenüber dem Vormonat (356·6) unverändert. Die Preissenkungen von Papier- und Schreibwaren sowie der saisonbedingte Preisrückgang bei Obst wurden durch die Neufestsetzung des Preises für Reis kompensiert.

Der Abstand zwischen dem Lebenshaltungskostenindex und dem Tariflohnindex beträgt daher wie im Vormonat 15·8% (April 1945 = 100).

Ernährung

Dazu statistische Übersichten S. 309

Durch die reichliche Ablieferung von Frühkartoffeln und die weiter zunehmende Milchlieferung konnte die Eigenversorgung erhöht werden. In der 43. Versorgungsperiode (19. Juli bis 15. August 1948) wurden 32% des Kalorienbedarfes von rund 330 Mrd. Kalorien aus der eigenen landwirtschaftlichen Produktion gedeckt, gegen 30% und 28% in den beiden vorangegangenen Perioden.

Die gute Kartoffelernte und die relativ hohen Erzeugerpreise für Frühkartoffeln haben eine unerwartet hohe *Kartoffel*ablieferung zur Folge gehabt. Während im Juli vorigen Jahres rund 7.000 t Kartoffeln abgeliefert wurden, waren es heuer im gleichen Monat rund 41.000 t. Da der rationierte Bedarf nur etwa 30.000 t monatlich beträgt, kam es zu Absatzstockungen, wobei größere Mengen von Kartoffeln verdarben (siehe Abschnitt Landwirtschaft).

Die *Milch*ablieferung ist dank der günstigen Futterernte und der Preiserhöhungen im Juni gegenüber dem Vormonat um etwa 10%, gegenüber Juni 1947 sogar um 23% gestiegen. Dementsprechend hat auch die Marktproduktion von Butter und Topfen beachtlich zugenommen. Die Belieferung

Wiens mit Voll- und Magermilch war die höchste seit Kriegsende, betrug aber doch erst etwa ein Drittel des Durchschnittes von 1937.

Sehr schleppend läuft die *Getreide*ablieferung an. Abgesehen von der durch die feuchte Witterung bedingten Verzögerung der Ernte wird die Aufbringung auch dadurch gehemmt, daß die meisten Produzenten anfangs August noch nicht im Besitz ihrer Lieferbescheide waren, da die gesetzlichen Bestimmungen über Erfassung, Ablieferung und Preisregelung ziemlich spät bekanntgegeben wurden. Insgesamt dürften daher bis Anfang August nur etwa 7.000—8.000 t Brotgetreide und 1.000 t Gerste abgeliefert worden sein. Da die Hauptproduktionsgebiete von Brotgetreide, Niederösterreich und Burgenland, sich mit Beginn der 43. Zuteilungsperiode aus der Eigenaufbringung versorgen sollten, entstanden Versorgungsschwierigkeiten, die nur durch Aushilfen anderer Bundesländer überbrückt werden konnten.

Die *Fleisch*versorgung war in den westlichen Bundesländern durch die Notschlachtungen infolge der ungünstigen Wetterverhältnisse im Juni und Juli äußerst günstig. Neben den offiziellen Fleischrationen, die ausschließlich in Frischfleisch erfüllt wurden, stand den Verbrauchern ein reichliches Angebot von Fleisch auf dem Grauen Markt zur Verfügung. Die Belieferung des Grauen Marktes, der in den westlichen Bundesländern bis vor kurzem stillschweigend geduldet war, wurde vor allem dadurch begünstigt, daß der Verkehr mit Nutz- und Zuchtvieh freigegeben wurde, so daß Schlachtvieh als Nutztvieh deklariert ungehindert transportiert werden konnte. Infolge der umfangreichen Schlachtungen für den Grauen Markt ist zu befürchten, daß die vorgesehenen Schlachtviehkontingente, die ab September abgeliefert werden sollen, nicht erfüllt werden. Zur Bekämpfung des Schwarzhandels mit Schlachtvieh wurden für den Verkehr mit Nutz- und Zuchtvieh der Transportscheinzwang und die Ankaufsbewilligung wieder eingeführt, und zwar nicht nur wie bisher für den Verkehr zwischen den Bundesländern, sondern auch im Verkehr innerhalb eines Landes.

Die *Ablieferungsergebnisse des Wirtschaftsjahres 1947/48* stehen nunmehr endgültig fest. Insgesamt wurden 168.050 t Brotgetreide, 30.182 t Gerste, 21.230 t Hafer, 17.166 t Mais und 395.768 t Speisekartoffeln¹⁾ abgeliefert. Damit wurden die Kontingente bei Brotgetreide (ursprüngliches Kon-

¹⁾ Außerdem wurden noch 12.513 t Industriekartoffeln und 21.131 t Saatkartoffeln abgeliefert.

tingent) zu 70 %, bei Gerste zu 67 %, bei Hafer zu 61 %, bei Mais zu 74 % und bei Kartoffeln zu 66 % erfüllt. Im Vergleich zu den Ergebnissen des Wirtschaftsjahres 1946/47 wurden 19.000 t Brotgetreide, 600 t Hafer und 135.000 t Kartoffeln weniger abgeliefert. Dagegen wurde die Aufbringung des Vorjahres bei Gerste um 9.500 t und bei Mais um 2.400 t überschritten.

Der Grad der Erfüllung der Ablieferungskontingente war in den einzelnen Bundesländern und bei den einzelnen Produkten sehr verschieden. Im allgemeinen wurden die Kontingente in den westlichen Bundesländern bedeutend besser erfüllt als in den östlichen. Oberösterreich-Süd, Salzburg, Steiermark und zum Teil auch Tirol haben bei fast allen Fruchtarten ihre Kontingente erfüllt und zum Teil sogar überliefert.

Die Erfüllung der Kontingente in den einzelnen Bundesländern

	Brotgetreide Ablieferung in %	Gerste	Hafer	Körnermais der Kontingente
Wien (Randbezirke)	45,5	54	63	74
Niederösterreich . . .	74,5	60	52	54
Burgenland	40,0	53	140	74
Oberösterreich-Nord	98,5	57	47,5	—
Oberösterreich-Süd	82,0	108	91	—
Salzburg	69,5	170	102	—
Steiermark	47,5	98	102	81,5
Kärnten	47,0	72	78	94
Tirol	110,0	100	—	81
Vorarlberg	—	100	—	100

Da kaum anzunehmen ist, daß die Ablieferungswilligkeit in den einzelnen Gebieten stark voneinander abweicht, dürfte die unterschiedliche Kontingenterfüllung vornehmlich darauf zurückzuführen sein, daß bereits bei der Umlegung der Gesamtkontingente auf die einzelnen Bundesländer deren Leistungsfähigkeit unrichtig eingeschätzt wurde. Im heurigen Erntejahr wird eine den tatsächlichen Produktionsverhältnissen gerecht werdende Umlegung der Globalkontingente deshalb besonders wichtig sein, weil die offiziellen Preise für Getreide gestaffelt sind, so daß die Einnahmen des einzelnen Landwirtes stärker als bisher von einer gerechten Aufteilung der Kontingente abhängen.

Landwirtschaft

Die reichlichen Niederschläge der letzten Monate ermöglichten ein gutes Wachstum aller Kulturpflanzen, insbesondere der Kartoffeln. Bereits Ende Juli waren nicht nur die vorgekeimten Bestände, sondern auch die nicht vorbehandelten Früh- und Mittelfrühkartoffeln bedeutend besser entwickelt als in den vergangenen Jahren. Angesichts der frühen Reife der Kartoffeln waren die offiziellen

Erzeugerpreise — der erste Übernahmepreis betrug 80 g — zu stark zugunsten der Frühkartoffeln gestaffelt. Da außerdem in der Landwirtschaft heuer stärker als sonst zur Zeit des Schnittes eine fühlbare Geldknappheit herrschte und mit der Möglichkeit gerechnet werden muß, daß die Kartoffelpreise sinken werden, wenn die Kartoffelbewirtschaftung nach Erfüllung der Kontingente aufgehoben wird, haben die Produzenten bereits im Juli in größerem Umfang Kartoffeln gerodet und zum Verkauf angeboten. Mangels marktregelnder Bestimmungen über Sorten, Einzugsgebiete und Anlieferungsmengen wurde das erhöhte Kartoffelangebot von den Lagerhausgenossenschaften und den Händlern aufgenommen und in die Verbraucherzentren transportiert. Dabei wurden vielfach auch unausgereifte und unsortierte Kartoffeln übernommen, obwohl bestimmungsgemäß die Aufkäufer für die Übernahme einwandfreier Ware haften müssen. Da die relativ teuren und qualitativ schlechteren Frühkartoffeln meist nicht auf Vorrat gekauft werden und die laufende Nachfrage infolge der Geldknappheit sowie der reichlicheren Gemüseversorgung relativ unelastisch ist, konnte auch durch Kartoffelaufäufe für die kommenden Perioden eine Absatzkrise nicht verhindert werden. Infolge längerer Transporte und längerer Lagerung in zu meist hierfür ungeeigneten Waggons verdarben größere Mengen und mußten der völlig unrentablen Verwertung zu Kartoffelstärke — Frühkartoffeln sind für diesen Zweck zu teuer und haben einen zu niedrigen Stärkegehalt — zugeführt werden. Um weiteren finanziellen sowie ernährungsmäßigen Verlusten vorzubeugen, wurde vorläufig eine Lieferungssperre verfügt. In Zukunft darf nur noch auf Abruf geliefert werden.

Angesichts der überdurchschnittlichen Ernte und der relativ günstigen offiziellen Erzeugerpreise ist auch bei den mittelspäten und späten Kartoffelsorten mit einem reichlichen Angebot zu rechnen, wobei viele Produzenten bestrebt sein werden, ihre Kontingente zu überliefern. Bei unbeschränkter Abnahme könnte das Gesamtkontingent in Höhe von 520.000 t bereits vor dem 15. November 1948 (dem für die Aufbringung vorgesehenen Endtermin) erfüllt und der für diesen Zweck vorgesehene Subventionsbetrag von rund 100 Mill. S aufgebraucht sein, ehe noch die arbeitsmäßig ungünstig gestellten landwirtschaftlichen Betriebe voll ausgeliefert haben. Wenn nach Erfüllung des Gesamtkontingentes die Kartoffeln abgegeben und die staatlichen Subventionsbeträge freigegeben werden, ist damit zu rechnen, daß die Erzeugerpreise angesichts des reichlichen Angebotes

und der Unelastizität der Nachfrage sinken werden. Dadurch würden jene Betriebe, die bis zur Freigabe ihr Kontingent noch nicht erfüllt haben, benachteiligt. Es dürfte sich daher empfehlen, Kartoffeln vorläufig nur in jenen Mengen zu übernehmen, die den Betrieben als Pflichtkontingente vorgeschrieben wurden. Dadurch würde vermieden, daß jene Produzenten, die ihre Anbaufläche zu niedrig angegeben haben, auf Kosten der übrigen an den relativ günstigen offiziellen Preisen profitieren. Damit würde sich erstmalig nach dem Krieg die Lieferpflicht unmittelbar in das Recht auf Lieferung einer bestimmten Menge zu einem garantierten Preis umkehren und das Kontingent sowie der offizielle Preis wären nicht mehr eine Maßnahme zur Vermeidung von Übergewinnen, sondern zur Sicherung stabiler landwirtschaftlicher Einnahmen¹⁾.

Für die Herbstbestellung wird dieses Jahr mehr *Handelsdünger* zur Verfügung stehen, als in der Vorkriegszeit verbraucht wurde. Im Rahmen des ERP sind allein für den Herbst 51.450 t Phosphatdünger²⁾ und 25.000 t Kalidünger (aus den deutschen Ostzonen) zum Teil im Anrollen und zum Teil bereits eingetroffen. Demgegenüber betrug der Verbrauch im Kalenderjahr 1937 85.751 t Phosphordünger und 21.572 t Kalidünger. Da die Herbstanbauflächen rund ein Drittel des Ackerlandes einnehmen, würde sich bei restloser Auslieferung der bereitgestellten Düngemittel die Kunstdüngerverwendung im laufenden Wirtschaftsjahr auf das Zwei- bis Dreifache des Jahres 1937 erhöhen. Da der ausländische Kunstdünger auch weiterhin verbilligt abgegeben wird, ist damit zu rechnen, daß die angelieferten Mengen ohne Schwierigkeit abgesetzt werden können. Nur bei dem im Inland erzeugten Kalkammonsalpeter ergeben sich bereits Absatzschwierigkeiten. Um den Verbrauch dieses wertvollen Düngemittels zu steigern, wurde die Bezugsbeschränkung stillschweigend aufgehoben. Außerdem gewähren einzelne Bundesländer Subventionen zur Verbilligung dieses relativ teuren Düngers.

¹⁾ Aus dieser besonderen Situation erklärt sich auch die zunächst paradox erscheinende Haltung des Ernährungs- bzw. Landwirtschaftsministeriums zur Frage der Kartoffelbewirtschaftung. Während nämlich das Ernährungsministerium als Vertreter der städtischen Konsumenten entgegen seiner sonstigen Politik für eine sofortige Aufhebung der Kartoffelbewirtschaftung eintritt, hält das Landwirtschaftsministerium, das sonst für eine freie Wirtschaft plädiert, an der Kartoffelbewirtschaftung bis zur Erfüllung der Kontingente fest.

²⁾ Die Phosphordüngerlieferungen bestehen aus 25.100 t Superphosphat (17.260 t aus Belgien und 7.840 t aus Italien) und 26.350 t Thomasphosphat (11.350 t aus Frankreich und 15.000 t aus Luxemburg).

Da nicht nur ausreichend Kunstdünger zur Verfügung stehen wird, sondern auch die inländische *Saatgutversorgung* für den Herbstanbau gesichert ist und die Saatgutpreise in einer Höhe festgesetzt wurden, die sowohl den Züchter- wie auch den Verbraucherinteressen entsprechen (die Verbraucherpreise sind bei Handelssaat um 10%, bei Nachbau um 55% und bei Originalsaat um 75% höher als die Erzeugerpreise für Konsumware), ist für die nächste Ernte bei günstiger Witterung eine weitere Erhöhung der Hektarerträge zu erwarten.

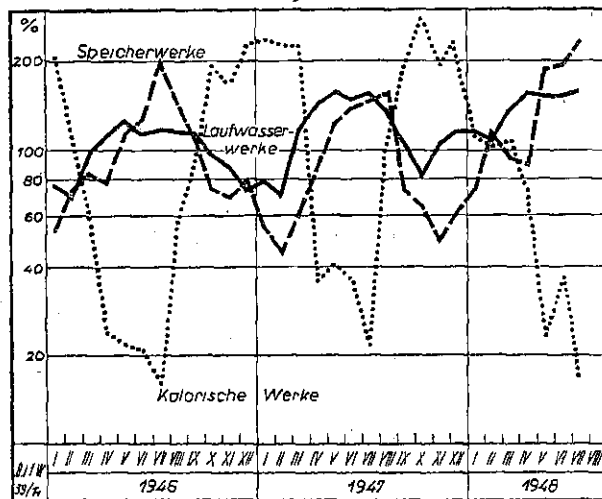
Energieversorgung

Dazu statistische Übersichten S. 310-317

Seit Beginn des Jahres 1948 hat sich die Kohlenversorgung der österreichischen Wirtschaft auf einem beachtlichen Niveau stabilisiert. Die Versorgung schwankt zwar je nach der Höhe der Kohleneinfuhren kurzfristig von Monat zu Monat; im Durchschnitt mehrerer Monate wurde jedoch die im Kohlenplan vorgesehene Menge stets erfüllt. Im ersten Halbjahr 1948 standen der österreichischen Wirtschaft monatlich durchschnittlich 538.000 t Kohle (Steinkohlenbasis) zur Verfügung, gegenüber nur 413.000 t im Jahre 1937. Da der inländische Braunkohlenbergbau die Leistung des Jahres 1937

Abb. 2. Stromerzeugung der Wasser- und Dampfkraftwerke¹⁾

(Log. Maßstab; ϕ 1946 = 100)



¹⁾ Nur öffentliche Unternehmungen, ohne Bahnkraftwerke und industrielle Eigenanlagen.

Infolge reichlicher Niederschläge war die Stromerzeugung der hydraulischen Kraftwerke in den letzten Monaten bedeutend höher als in den entsprechenden Monaten der beiden letzten Jahre. Die Erzeugung in den kalorischen Kraftwerken konnte daher stark gedrosselt werden. Im Juli 1948 wurde nur 1% der gesamten Strommenge in Dampfkraftwerken erzeugt.

bereits voll und die inländische Steinkohlenförderung, der allerdings nur geringe Bedeutung zukommt, erst zu 70% des Jahres 1937 erreicht haben, war die gesamte Steigerung des Kohlenverbrauches gegenüber 1937 nur durch erhöhte Importe möglich. Insgesamt wurden im ersten Halbjahr 1948 2,5 Mill. t Kohle (Steinkohlenbasis), das sind um rund 50% mehr als im Jahre 1937, importiert.

Auch im Juli blieb die Kohlenversorgung günstig. Die inländische Braunkohlenförderung erreichte mit 282.571 t 104,6% und die Kohleneinfuhr mit 476.000 t 173% des Jahres 1937. Rund 62% der gesamten Einfuhr kamen aus Deutschland, rund 19% aus Polen und 14% aus der Tschechoslowakei. Der Rest entfällt auf Lieferungen aus Ungarn und Jugoslawien. Sämtliche Hauptverbrauchergruppen erhielten mehr Kohle als im Durchschnitt des Jahres 1937.

Die Stromerzeugung erreichte im Juli auf Grund der anhaltenden Regenfälle einen neuen Höchststand. Insgesamt wurden 410 Mill. kWh erzeugt, davon stammten 405 Mill. kWh oder nahezu 99% aus Wasserkraften. Bei einem Export von 153 Mill. kWh und einem Import von 38 Mill. kWh stellte sich der inländische Verbrauch auf 289 Mill. kWh. Den meisten Strom verbraucht zurzeit das Land Oberösterreich (113 Mill. kWh gegenüber Wien mit 55 Mill. kWh). Allein die Aluminiumerzeugung in Ranshofen beansprucht monatlich etwa 40 Mill. kWh.

Stromerzeugung und Verbrauch

	Laufwasser	Speicher in Mill. kWh	Dampf	Verbrauch
1946 Juli . . .	154	163	5	174
1947 Juli . . .	204	120	7	227
1948 Juli . . .	205	199	5	289

Gewerbliche Produktion

Dazu statistische Übersichten S. 312-314

Die gewerbliche Produktion ist im Juni beachtlich gestiegen, allerdings fast ausschließlich in den Produktionsmittelindustrien, so daß sich das Mißverhältnis zwischen Produktionsmittel- und Konsumgütererzeugung weiter verschärfte.

Der Produktionsindex hat sich von Mai bis Juni um rund 10% von 89,8 auf 98,6 (1937 = 100) erhöht. Der Produktionsmittelindex stieg von 125,0 auf 140,5, der Konsumgüterindex jedoch nur von 61,2 auf 64,6. Die starke Zunahme der Produktionsmitteleerzeugung ist auf die gleichzeitige Produktions-erhöhung im Bergbau, in der Magnesitindustrie und in der Schwerindustrie zurückzuführen. Außerdem enthält der Index verschiedene Saisoneinflüsse.

die überdurchschnittlich starke Erhöhung der *Baustoffproduktion* (von 103 im Mai auf 126 im Juni¹⁾).

Eine stärkere Belebung der Konsumgüterindustrien wird vorläufig vor allem noch durch die unzureichende Rohstoffversorgung der *Textilindustrie* erschwert, die in den letzten Monaten kaum nennenswerte Fortschritte erzielen konnte. Im Mai ist die Erzeugung sogar in fast allen Zweigen der Textilproduktion stärker zurückgegangen, als auf Grund der Zahl der Arbeitstage anzunehmen gewesen wäre. Die *Lederindustrie*, vor allem die *Schuhherzeugung*, konnte ihre Produktion nur deshalb erhöhen, weil sich während des zweimonatigen Streiks größere Rohstoffvorräte angesammelt hatten.

Da der *Beschäftigungsindex* von Mai bis Juni nur um zwei Punkte (von 133,7 auf 135,3), der Produktionsindex aber um fast neun Punkte gestiegen ist, hat die *Produktivität* weiter zugenommen und mit 72,9% des Jahres 1937 den bisher höchsten Stand erreicht.

Die *Braunkohlenförderung* hat im Juni und Juli wieder den Vorkriegsstand überschritten. Durch größere Importe entstand ein Überangebot an Feinkohle, wodurch zahlreiche kleinere Bergbaue in Absatzschwierigkeiten gerieten. Einige kleinere und unrentable Gruben wurden bereits stillgelegt. Der *Eisenerzbergbau* verharrt seit Anfang des Jahres bei einer Förderung von rund 100.000 t, d. s. etwa 65% des Jahres 1937. Eine stärkere Erhöhung wäre für eine ausreichende Erzversorgung der Hochöfen besonders wichtig. Die *Vereinigten Aluminiumwerke* haben in *Unterlaussa* (Oberösterreich) wieder mit dem Abbau von *Bauxit* begonnen. Die bisher gefördert Mengen sind jedoch sehr gering. Im *Kupfererzbergbau* wurde bereits ein Mehrfaches der Vorkriegsleistung erreicht, doch können die Erze vorläufig im Inland noch nicht verarbeitet werden.

Die *Schwerindustrie* hat ihre Erzeugung, mit Ausnahme von *Walzwaren*, auch im Juli weiter erhöht. Bis zum Herbst soll das neue *Feinblechwalzwerk* bei der *Hütte Linz* in Betrieb genommen und damit der Mangel an Feinblechen behoben werden. Probewalzungen finden bereits statt.

In der *Maschinenindustrie* ist eine zunehmende Verlagerung der Erzeugung von den bisher erzeugten billigeren Massengütern auf qualitativ hochwertige Hochleistungsmaschinen festzustellen.

Die *Elektroindustrie* hat weiterhin mit Absatzschwierigkeiten bei Radioapparaten, Glühbirnen, Koch- und Wärmegeräten und Elektromaterial zu

¹⁾ Eine Bereinigung des Index von Saisonschwankungen ist derzeit wegen der Kürze der Zeitreihe noch nicht möglich.

kämpfen. Auch die *chemische Industrie* stößt bei einigen Produkten nicht mehr so sehr auf Rohstoffschwierigkeiten als bereits auf Absatzschwierigkeiten. An manchen chemischen Grundstoffen besteht allerdings noch immer ein empfindlicher Mangel.

Die Erzeugung der *Baustoffindustrie* ist im Juni außerordentlich stark gestiegen. Vor allem in der *Zementindustrie* traten bereits Schwierigkeiten bei der Lagerung und beim Abtransport auf, die durch Mangel an Papiersäcken zusätzlich erhöht wurden.

Erzeugung der Baustoffindustrie

	1937 = 100			
	Mauerziegel 1.000 Stück	Dachziegel	Zement Tonnen	Kalk
1947 Juni . . .	12.605	5.314	32.371	9.449
1948 Mai . . .	25.797	5.041	60.332	17.398
Juni . . .	36.984	8.304	73.007	19.452

Umsätze

Dazu statistische Übersichten S. 315

Die schon im Mai festgestellte Belebung der Umsätze in einzelnen Branchen griff im Juni auch auf andere Zweige über. Während die Gesamtumsätze im Mai noch um 1%, zurückgingen, stiegen sie im Juni bereits etwa um 10%. Insbesondere der Umsatz von Textilien und Schuhen hat sich beträchtlich erhöht (Textilien 19%, Schuhe 28%). Auch in der Gruppe „sonstige Branchen“ belebte sich der Geschäftsgang, wobei vor allem der Umsatz von Sportartikeln und Lederwaren saisonmäßig zunahm. Im Nahrungsmittelsektor sind hauptsächlich die Umsätze von Obst und Gemüse, Milch und Süßwaren gestiegen. So haben sich die Gemüsezufuhren nach Wien im Juni auf etwa das Doppelte und die Obstanlieferungen auf das Vierfache des Vormonates erhöht. Die weitere Zunahme der Anlieferungen im Juli sowie die reichlichen Kartoffelzufuhren dürften dem Obst- und Gemüsehandel einen weiteren Auftrieb geben.

Von der allgemeinen Belebung des Geschäftsganges wurden auch die *Lichtspielbetriebe* erfaßt, die, unterstützt von der Regenperiode, gegenüber dem Vormonat entgegen der saisonmäßigen Entwicklung etwas besser besucht waren. Dagegen ist der Theaterbesuch mehr als saisonbedingt zurückgegangen.

Arbeitslage

Dazu statistische Übersichten S. 316—317

Auf dem Arbeitsmarkt hielt der Zustrom neuer Arbeitskräfte weiter an. Die Zahl der *Stellensuchenden* stieg im Juni neuerdings um 1.364 Personen, obwohl gleichzeitig auch der Beschäftigtenstand, hauptsächlich saisonbedingt, leicht zunahm

(die Zahl der Krankenversicherten hat sich im Juni um rund 8.000 vermehrt). Die Zahl der Stellensuchenden hat nunmehr mit rund 49.000 Personen etwa den Stand vom gleichen Monat des Vorjahres erreicht; während aber damals rund 128.000 offene Stellen bestanden, betrug die Zahl der *offenen Stellen* Ende Juni 1948 nur noch 49.700. Die Zahl der Stellensuchenden stimmt damit erstmalig etwa mit der der offenen Stellen überein. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß der überwiegende Teil der offenen Stellen (rund 28.000) auf die Landwirtschaft entfällt. Auf dem Arbeitsmarkt für gewerbliche Arbeitskräfte übertrifft im allgemeinen das Angebot bereits die Nachfrage nach Arbeitskräften (offene Stellen 21.543, Stellensuchende 46.764).

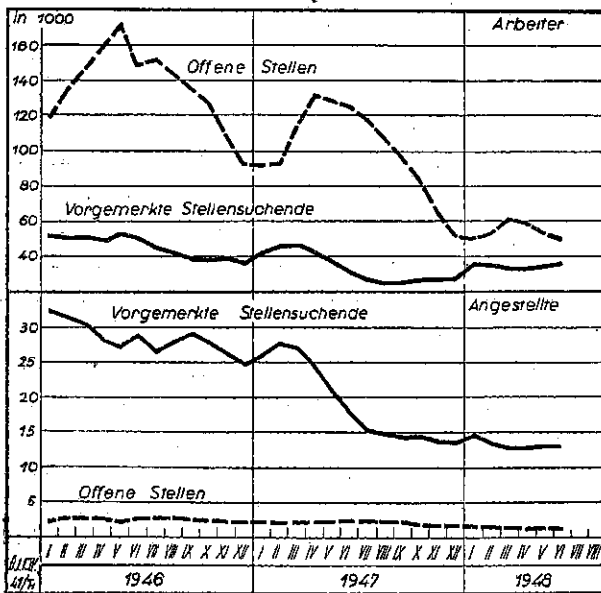
Gegenüber dem Vorjahr hat sich die *berufsmäßige Zusammensetzung* der Stellensuchenden weitgehend verändert. Mitte 1947 war die Arbeitslosigkeit noch überwiegend ein Angestelltenproblem. Rund 36% aller Stellensuchenden waren damals Angestellte. Seither ist die Zahl der stellensuchenden Angestellten um etwa 5.000 gefallen, die Zahl der stellensuchenden Arbeiter aber um die gleiche Zahl gestiegen, so daß heute die Angestellten nur noch 26% der Stellensuchenden betragen. Diese Verschiebung

dürfte sowohl auf ein Abwandern von schlecht qualifizierten Angestellten in manuelle Berufe als auch auf die weitere Zunahme der beschäftigten Angestellten in der privaten und öffentlichen Wirtschaft zurückzuführen sein.

Bemerkenswert sind auch die Veränderungen innerhalb der einzelnen Berufsgruppen gegenüber dem Vorjahr. In der Landwirtschaft ist die Zahl der Stellensuchenden fast um die Hälfte zurückgegangen. Dagegen hat sich in der gewerblichen Wirtschaft die Arbeitslosigkeit nur in einigen Zweigen, hauptsächlich in den Grundindustrien, wie im Bergbau, in der Industrie der Steine und Erden und im Baugewerbe, vermindert. Auch die Nahrungs- und Genußmittelindustrie konnte infolge besserer Rohstoffversorgung und der noch immer ungestillten Nachfrage nach ihren Erzeugnissen unbeschäftigte Arbeitskräfte einstellen. Dagegen hat sich die Arbeitslosenzahl in der Lederindustrie auf fast das Dreifache des Vorjahres, in der Textilindustrie um 74%, in der Bekleidungsindustrie um 52%, und im Hotel-, Gast- und Schankgewerbe um 14% erhöht. Auch in der Papierindustrie, im graphischen Gewerbe sowie in der chemischen Industrie nahm das Arbeitsangebot zu. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit in diesen Wirtschaftszweigen geht teilweise darauf zurück, daß vielfach noch ein empfindlicher Mangel an Rohstoffen, insbesondere an Baumwolle, Wolle und Leder besteht, der eine Vollbeschäftigung unmöglich macht. Teilweise beginnen sich aber auch die durch die Geldknappheit ausgelösten Rationalisierungsbestrebungen der Betriebe — die Zahl der stellensuchenden Hilfsarbeiter ist von 7.800 auf 11.294 gestiegen — sowie die verminderte Nachfrage der Konsumenten nach entbehrlichen Gütern auszuwirken. Außerdem dürfte gerade in den genannten Wirtschaftszweigen der Zustrom neuer Arbeitskräfte besonders groß gewesen sein, da in allen Branchen, mit Ausnahme der Lederindustrie (nach den Beschäftigtenzahlen in 1678 repräsentativen Betrieben) auch die Zahl der Beschäftigten gegenüber dem Vorjahr gestiegen ist.

Die Lage der *Lehrlinge* ist weiterhin ernst. Während Ende Juni 24.210 Lehrstellensuchende bei den Arbeitsämtern vorgemerkt waren, wovon 14.153 zum sofortigen Antritt ihrer Lehrstellen bereit sind, können die Arbeitsämter monatlich nur etwa 3.000 Lehrstellen vermitteln. Es wird also bis Februar 1949 dauern, bis die bis Juni vorgemerkten Lehrstellensuchenden untergebracht werden. Außerdem werden sich noch bis zum Herbst weitere Lehrstellenwerber melden, so daß es fraglich ist, ob bis zum nächsten Schulschluß überhaupt sämtliche Lehr-

Abb. 3. Offene Stellen und vorgemerkte Stellensuchende (Normaler Maßstab; in 1000 Personen)



Die Zahl der offenen Stellen ist nach einem saisonmäßigen Aufschwung im Frühjahr wieder stark zurückgegangen und lag im Juni um 2000 unter dem Stand vom Jänner. Die Zahl der stellensuchenden Angestellten blieb seit März praktisch unverändert, während bei den stellensuchenden Arbeitern ein langsames, aber stetiges Ansteigen bemerkbar ist.

linge, die heuer die Schule verlassen haben, eine Lehrstelle finden werden.

Verkehr

Dazu statistische Übersichten S. 318—319

Die Bundesbahnen erreichten im Monat Juni mit 550·5 Mill. Nutzlasttonnen-Kilometer ihre bisher höchste Nachkriegsleistung. Diese Leistungssteigerung ist ausschließlich auf eine Erhöhung des Güterverkehrs zurückzuführen. Der Personenverkehr ist dagegen mit 48·3 Mill. Nutzlasttonnen-Kilometer annähernd gleichgeblieben (die Zahl der verkauften Fahrkarten ging sogar von 4·7 Mill. auf 4·0 Mill. Stück zurück). Trotz erhöhter Einnahmen vergrößerte sich das Gesamtdefizit der Bundesbahnen von 149·5 Mill. S im Mai auf 174·1 Mill. S im Juni, da größere Beträge für die Behebung von Kriegsschäden aufgewendet wurden.

Der *Transitverkehr* hat sich im Mai und Juni nach dem ständigen Rückgang in den Vormonaten wieder bemerkenswert belebt. Mit 276.000 Netto-Tonnen im Monat Juni (185.000 t im April und 232.000 t im Mai) wurde der bisher höchste Nachkriegsstand erreicht und eine Einnahme von 6·6 Mill. sfr. erzielt. Allerdings beschränkt sich die Belegung fast ausschließlich auf die Durchfuhrlinien Polen—Italien (April 4.000 t, Juni 62.200 t) und Tschechoslowakei—Italien, während der übrige Transitverkehr, vor allem in der Ost-West-Richtung, unverändert blieb oder sogar zurückging. Warenmäßig ist der steigende Anteil der Kohlendurchfuhr (Polen—Italien) und der nicht nur prozentuell, sondern auch absolut sinkende Anteil der „anderen Güter“ bemerkenswert, da mit der Verlagerung auf Massengüter auch die Einnahmen ungünstig beeinflusst werden.

Verkehrseinnahmen aus dem Transit

	Insgesamt 1000 Schweizer Franken	Koble	Andere Güter	Je 1000 Netto- tonnenkilometer Schweiz. Frank.
1948 April . . .	5.377	1.332	4.045	57·65
Mai . . .	6.073	2.437	3.637	54·21
Juni . . .	6.583	3.107	3.476	52·86

Während die Verhandlungen über das neue Verkehrsgesetz¹⁾ noch laufen, konnte zwischen Bundesbahn und Post ein *Abkommen über den Autobusverkehr* getroffen werden, das am 1. August 1948 in Kraft trat und die Konkurrenzverhältnisse der beiden wichtigsten Autobuslinienunternehmen regelt. Danach wird der Überlandverkehr auf bahn-

¹⁾ Siehe Nr. 6 der Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, XXI. Jg. (Juni 1948), S. 210.

parallelen Strecken durch die Autobuslinien der Bahn durchgeführt, während die Zubringerdienste dem Postkraftlinienverkehr überlassen bleiben. Durch diese Linientrennung ist es möglich, den verfügbaren Wagenpark rationell auszunützen und weitere bahnferne Siedlungen in den Autobuslinienverkehr einzubeziehen. Von der vorgesehenen gemeinsamen Benützung sämtlicher Garagen und Werkstätten sowie den gegenseitigen Hilfsleistungen werden weitere Kostensenkungen erwartet. Tarifarische Änderungen sind jedoch vorläufig nicht vorgesehen.

Der private Autobusverkehr wird von diesem Abkommen nicht berührt. Es wäre jedoch wünschenswert, auch die unvollständige Konkurrenz der einzelnen privaten Autobusunternehmen durch ähnliche Abkommen zu regeln. Dadurch wäre es ohne nennenswerte Neuinvestitionen möglich, ein dichteres Liniennetz zu erstellen und insbesondere verkehrsarme Gebiete zu erschließen.

Am 30. Juni wurde vom Nationalrat der Beitritt Österreichs zur *internationalen Konvention für Zivilluftfahrt* beschlossen, nachdem bereits am 9. Juni in Genf Österreich in diese Organisation aufgenommen worden war. Wenn diesem Akt vorläufig auch kaum praktische Bedeutung zukommt, da dem kürzlich gegründeten Amt für Zivilluftfahrt beim Bundesministerium für Verkehr vorläufig noch keine Entfaltungsmöglichkeiten gewährt wurden, so bedeutet der Beitritt doch einen weiteren Schritt im Neuaufbau des österreichischen Luftverkehrs, der im Jahre 1938 bereits 7·5 Mill. Flugkilometer erreicht hatte.

Außenhandel

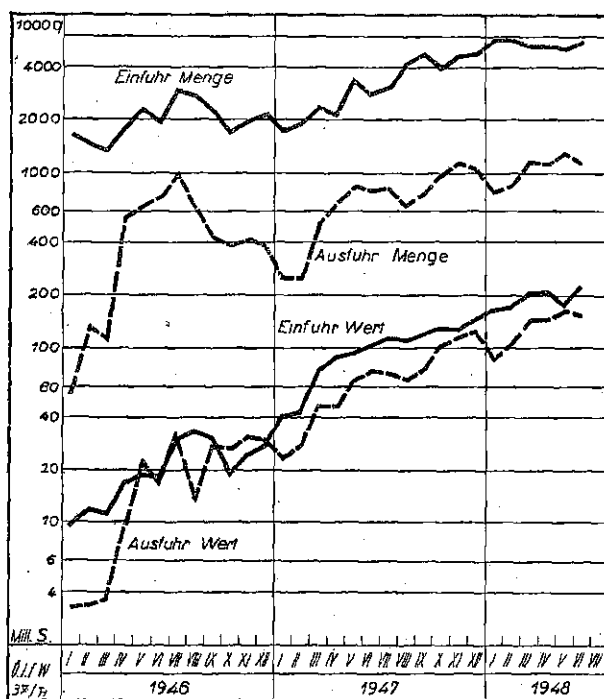
Dazu statistische Übersichten S. 320

Im Juni stieg die Einfuhr nach dem vorübergehenden Rückschlag im Mai, vor allem dank hohen Einfuhren aus Deutschland und Amerika, auf 211·7 Mill. S. Dagegen sank die Ausfuhr trotz bedeutender Exporte nach Frankreich, Italien, Jugoslawien und den USA um 2·3 Mill. S auf 161·2 Mill. S. In den beiden nächsten Monaten ist saisonbedingt kaum eine stärkere Erhöhung der Ausfuhr zu erwarten. Insgesamt lag die handelsstatistisch erfaßte Einfuhr im zweiten Quartal 1948 wertmäßig um 10% über dem ersten Quartal des laufenden Jahres und um 109% über dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Die Ausfuhr erreichte 140% des ersten Quartals 1948 und 253% des zweiten Quartals 1947.

	Einfuhr in Mill. S	Ausfuhr
2. Quartal 1947	285·8	184·9
1. Quartal 1948	544·9	336·2
2. Quartal 1948	597·1	469·2

Nach Veröffentlichung der Einzeldaten ist es nunmehr möglich, die im letzten Bericht erwähnte Erhöhung der Ausfuhr im Mai von 144·5 Mill. S auf 163·5 Mill. S näher zu analysieren. Am stärksten stieg die *Ausfuhr* in der Gruppe „Rohstoffe und halbfertige Waren“, die gegenüber dem Vormonat um 13·6 Mill. S zunahm und mit 53·5 Mill. S um 64% über dem Durchschnitt der Monate Jänner bis April lag. Holz, Magnesit und insbesondere Aluminium und Blei verzeichneten die stärkste Ausfuhrsteigerung. Demgegenüber erhöhte sich die Fertigwarenausfuhr nur um 5·7 Mill. S und lag mit 108·6 Mill. S nur um 26% über dem

Abb. 4. Ein- und Ausfuhr nach Menge und Wert
(Log. Maßstab; in 1000 q bzw. Mill. S)



Der Außenhandel hat sich nach einem vorübergehenden Rückschlag zu Jahresbeginn stark ausgeweitet. Die handelsstatistische Einfuhr erreichte im Juni mit 2117 Mill. S und die Ausfuhr im Mai mit 163·5 Mill. S ihren bisherigen Höchststand seit Kriegsende. Der statistisch ausgewiesene Einfuhrüberschuß ist in den letzten Monaten hauptsächlich infolge der allmählichen Erschöpfung des englischen Pfund-Kredits etwas zurückgegangen, erreichte im zweiten Quartal 1948 aber noch immer 127·9 Mill. S.

Durchschnitt der vorhergegangenen vier Monate. In dieser Gruppe erhöhte sich vor allem der Export von Baumwollgarnen, Wollwaren und feuerfesten Ziegeln.

Die relativ stärkere Steigerung der Rohstoffausfuhr, die mit den Zielen der österreichischen Außenhandelspolitik in einem gewissen Widerspruch steht, ist, abgesehen von zufälligen Einflüssen, hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Rohstoffe ihre Konkurrenzfähigkeit besser bewahrt haben als die Fertigwaren. Dazu kommt, daß die meisten europäischen Staaten auch weiterhin versuchen, mit Hilfe einer staatlichen Außenhandelslenkung die Einfuhr von Fertigwaren zu unterbinden. So bestehen in Italien starke Bestrebungen, den Import österreichischen Papiers gänzlich durch die Einfuhr von Papierzeug zu ersetzen und in den Wirtschaftsbesprechungen, die im Juni mit England stattfanden, beschränkten sich die englischen Importwünsche außer auf Papier und Stahl fast ausschließlich auf Rohstoffe und halbfertige Waren. Auch das Schwergewicht der neuen Wirtschaftsverträge mit der Bi-Zone und der Tschechoslowakei liegt auf Rohstoffen. Allerdings ist auch bei Fertigwaren eine Exportbelebung zu erwarten, da die Tschechoslowakei und ebenso Polen, mit dem der Handelsverkehr durch ein neues Abkommen erweitert wurde, bedeutende Aufträge für unsere Maschinenindustrie erteilt haben und der Vertrag mit der Bi-Zone und das Spezialabkommen mit der deutschen Ostzone dem Bücher- und Zeitschriftenexport, der im Durchschnitt der Monate Jänner bis Mai 1948 nur 478 q betrug (gegenüber 2.838 q im Monatsdurchschnitt des Jahres 1937), neue Märkte eröffnen.

Der vorübergehende Rückgang der Einfuhr im Mai von 206·6 Mill. S auf 178·8 Mill. S erstreckte sich zu gleichen Teilen auf Nahrungsmittel und Rohstoffe. Während bei den Rohstoffen in erster Linie die Einfuhr von Brennstoffen (— 5·2 Mill. S), Baumwolle und Baumwollabfällen (— 3·8 Mill. S), Wolle und Wollabfällen (— 6 Mill. S) zurückging, konzentrierte sich der Importrückgang bei Nahrungsmitteln auf Gemüse (— 13·6 Mill. S) und Zucker (— 4·3 Mill. S). Hervorzuheben ist die erstmalige größere kommerzielle Einfuhr von Getreide (aus Jugoslawien und Ungarn) und von Frischfleisch (Schweiz), so gering sie auch noch im Vergleich zur Vorkriegseinfuhr war.

Zur Frage der Handelsspannen in Österreich

Die Handelsspannen waren in letzter Zeit Gegenstand einer heftigen Kritik. Im Zusammenhang mit den in den letzten Monaten unternommenen Preissenkungsaktionen wurde von den Konsumentenvertretern immer wieder darauf hingewiesen, daß die Handelsspannen einer Reihe von Waren überhöht seien und daß der Handel die Ware auf dem Weg vom Produzenten zum Konsumenten übermäßig verteuere. Dieser Ruf nach „Reduzierung der übermäßigen Zwischengewinne“ ertönt fast immer in wirtschaftlichen Notzeiten, wenn der Kampf verschiedener Bevölkerungsgruppen um die Verteilung des Sozialproduktes besonders heftig geführt wird. Daß gerade die Güterverteilung und ihre Träger, der Handel, besonders heftig angegriffen werden, ist zum Teil psychologisch bedingt. In Zeiten besonderer Güternknappheit wird die volkswirtschaftliche Bedeutung der Güterverteilung gegenüber dem „eigentlichen“ Produktionsprozeß stark unterschätzt. Man ist geneigt, vermeintliche oder tatsächliche organisatorische Mängel und Fehlentwicklungen, die in allen Wirtschaftszweigen auftreten, dem Handel besonders anzulasten. Zur Klärung der wirklichen Verhältnisse bemüht sich der vorliegende Aufsatz, die Organisation und die Kosten der Güterverteilung, wie sie auf Grund der Nachkriegsverhältnisse entstanden sind, vorurteilsfrei zu untersuchen.

Zunahme der Handelsbetriebe bei niedrigen Umsätzen

Eine der entscheidenden Ursachen für die Überhöhung der Handelsspannen ist die *Überbesetzung des Handels*. Die mengenmäßigen Umsätze betragen zur Zeit bei Konsumgütern im groben Durchschnitt — mit starken Abweichungen nach oben und unten — nur etwa zwei Drittel der Vorkriegsumsätze. Zur Verteilung des verminderten Gütervolumens würde daher ein bedeutend kleinerer Handelsapparat als im Jahre 1937 ausreichen. Tatsächlich jedoch gibt es heute bedeutend mehr Handelsbetriebe als vor dem Kriege, obwohl die Umsätze auf einen Bruchteil gesunken sind. In Wien hat insbesondere die Zahl der Textilhändler, der Scheinzelhändler sowie der Lebensmittelgroßhändler stark zugenommen; aber auch in anderen

Branchen ist die Kapazität des Verteilungsapparates gewachsen. Infolge der großen Zahl von Handelsbetrieben einerseits und des verminderten Umsatzvolumens andererseits ist die vom einzelnen Handelsbetrieb umgesetzte Menge heute in der Regel bedeutend niedriger als vor dem Kriege. Selbst jene Branchen, die, wie der Lebensmittel- und Kohlenkleinhandel, derzeit weniger Handelsbetriebe umfassen als vor dem Kriege, sind angesichts der verminderten Umsätze sowie der Tatsache, daß bereits im Jahre 1937 vielfach der Umsatz pro Geschäft weit unter der Kapazitätsgrenze lag, noch überbesetzt. Real gesehen bedeutet diese Überbesetzung des Handels, daß der Verteilungsapparat mehr sachliche Produktionsmittel (Geschäftslokale, Strom, Kohle, Transportmittel usw.) und Arbeitskräfte beansprucht, als zu einer rationellen Güterverteilung notwendig wären. Geldmäßig wirkt sich die Vergeudung von sachlichen Produktionsmitteln in einer Erhöhung der Kosten pro Umsatzeinheit aus (Überwiegen der fixen Kosten), wodurch von der Kostenseite der Druck entsteht, die Handelsspannen soweit zu erhöhen, daß sie nicht nur die überhöhten Kosten decken, sondern darüber hinaus auch dem einzelnen Händler eine normale Verdienstspanne sichern.

Während der Handel im Kriege, wenn man von der Einführung der sogenannten „Großverteiler“ im Rahmen des Bewirtschaftungssystems absieht, sehr stark reduziert wurde, hat er sich seit Beendigung des Krieges außerordentlich entfaltet. Mit der Einführung der Bewirtschaftung wurde der Händler seiner Unternehmerfunktion weitgehend beraubt und als „Verteiler“ ein Glied eines von oben straff gelenkten Zuteilungsapparates. Neben den bereits bestehenden Großhändlern entstanden neue „Großverteiler“, die wichtige Bewirtschaftungsfunktionen zu erfüllen hatten. Ihre Stellung war mehr die eines Beamten als die eines selbständigen Unternehmers. Diese Großverteiler haben sich größtenteils bis zum heutigen Tage erhalten, obwohl sie vielfach bereits funktionslos geworden sind. Wie erwähnt, ist auf der anderen Seite die Zahl der Handelsbetriebe während des Krieges stark eingeschränkt worden. Bereits im Jahre 1940 wurde eine sogenannte „Auskämm-

aktion“ durchgeführt, bei der allein in Wien 1.566 Lebensmittelbetriebe, 186 Textilgeschäfte und 260 Kohlenhandelsgeschäfte aus dem Kleinhandel ausgeschieden wurden. Außerdem wurden während des Krieges bei der Ausschaltung bzw. Zusammenlegung aller nichtkriegswichtigen Betriebe weitere Handelsgeschäfte stillgelegt oder infolge der Einberufung der Geschäftsinhaber vorübergehend geschlossen. Sofort nach Kriegsende setzte jedoch wieder ein starker Zustrom zum Handel ein. Viele entlassene Soldaten und politisch Geschädigte suchten eine neue Existenz. Die ungünstige Wirtschaftslage der Unselbständigen, die in der Zeit der Warenknappheit gegenüber den Sachwertbesitzern stark benachteiligt waren, sowie der Wunsch, eine selbständige Existenz zu gründen, hielt viele davon ab, sich als Arbeiter oder Angestellte eine Tätigkeit zu suchen. Die Erlangung der Selbständigkeit erschien im Handel leichter erreichbar als in der Industrie und im Handwerk, wo die Errichtung eines selbständigen Betriebes in höherem Maße Kapital und besondere Fachkenntnisse erfordert. Da man aus sozialen und politischen Erwägungen die Ausgabe neuer Gewerbescheine für den Handel nicht beschränken wollte, andererseits aber das wirtschaftliche Regulativ der Konkurrenz nicht wirksam war, mußte notwendigerweise eine starke Überbesetzung des Handels entstehen. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch die im Rahmen der Bewirtschaftung verfolgte Politik der Existenzerhaltung der bestehenden Betriebe, die unter bestimmten Voraussetzungen jedem Betrieb, unbeschadet seiner Leistungsfähigkeit, bestimmte Mengen knapper Güter zur Weiterverarbeitung oder Verteilung zuwies. Diese Politik wirkte zwar in hohem Maße produktivitätshemmend und kostenvertuernd, verhinderte aber, daß in den ersten Nachkriegsjahren Betriebe völlig ausgeschaltet wurden, die unter normalen wirtschaftlichen Verhältnissen durchaus lebensfähig sind. Mit der zunehmend sich bessernden Güterversorgung und dem allmählichen Übergang zur freien Wirtschaft muß sich jedoch, ebenso wie in der Industrie und im Handwerk, auch im Handel wieder das Leistungsprinzip durchsetzen.

Verdienstspannen teilweise überhöht

Für die Vertueerung der Güterverteilung spielen, neben der Überbesetzung des Handels, zumindest in einzelnen Branchen, auch die gegenüber der Vorkriegszeit relativ höheren *Verdienstspannen* eine Rolle. Solange die Stoppspannen beibehalten wurden und auch später noch, nach der allgemeinen Handelsspannenregelung vom März 1947, konnte

der Handel auf legalem Weg kaum nennenswerte Übergewinne erzielen. Angesichts der niedrigen Umsätze deckten die offiziellen festen Handelsspannen vielfach nicht einmal die Regien. Der Handel mußte daher notgedrungen, ebenso wie vor dem Preis- und Lohnabkommen die Industrie und bis zur jüngsten Agrarpreisregelung die Landwirtschaft, auf dem Grauen und Schwarzen Markt einen Erlösausgleich suchen. Abgesehen vom Lebensmittelhandel und in einigen unmittelbar lebenswichtigen Zweigen war die Kontrolle der offiziellen Handelsspannen nie sehr streng. Vor allem bei gewerblichen Bedarfsgütern des täglichen Gebrauches funktionierte die Preiskontrolle nur sehr unvollkommen, so daß fast alle Händler die Möglichkeit hatten, ihre Waren wenigstens teilweise zu „grauen“ Preisen zu verkaufen.

Am deutlichsten läßt sich eine Überhöhung der Verdienstspannen zur Zeit im Gemüsehandel nachweisen, wo sich die Handelsspannen seit Aufhebung der Bewirtschaftung und der Preiskontrolle stark erhöht haben.

Durchschnittliche Handelsspannen des Gemüsehandels in Wien¹⁾

	1937	1940	1946	1947	1948 ²⁾
Grüne Erbsen	37	37	30	33	58'5
Kohl Ia	20	42	32	28	52
Frühkraut	23	38	31	28	45
Häuptelsalat	53	41	43	31	56'5
Kochsalat	71	42	33	38	59
Kohlrabi	19	40	32	30	65
Durchschnitt	37	40	34	31	56

¹⁾ Gesamthandelsspanne (Groß- und Kleinhandel) in Prozent der Verbraucherpreise.

²⁾ Mitte Juli 1948.

Während der Konsument bei den angeführten Gemüsesorten im Juli 1937 37 Groschen und im Juli 1947, als Gemüse noch bewirtschaftet war, nur 31 Groschen Verteilungskosten je Verbraucherschilling zahlen mußte, stieg der Verteilungskostenanteil im Juli 1948 auf 56 Groschen. Diese starke Erhöhung der Handelsspannen kann nicht mit einer entsprechenden Erhöhung der Kosten der einzelnen Handelsbetriebe erklärt werden, sondern ist zweifellos auf eine erhebliche Vergrößerung der Verdienstspannen zurückzuführen.

Durchschnittliche Handelsspannen vor dem Krieg und heute

Aus den viel besprochenen Übergewinnen des Gemüsehandels, die infolge besonderer Umstände nach Aufhebung der Preiskontrolle bei gleichzeitigem Weiterbestehen monopolartiger Marktformen

möglich geworden sind, darf noch nicht auf die allgemeine Lage des Handels geschlossen werden. Ein zusammenfassendes Urteil über die Angemessenheit der gegenwärtigen Handelsspannen und über die Frage, ob einzelne Zweige überbesetzt sind, könnte nur auf Grund einer umfassenden, in das Detail gehenden Untersuchung gefällt werden. Die vorliegende Arbeit beschränkt sich darauf, die Veränderung der Handelsspannen gegenüber der Vorkriegszeit für die im *Lebenshaltungskostenindex* enthaltenen Güter größenordnungsmäßig zu ermitteln (siehe statistischer Anhang). Als Ergebnis wurde festgestellt, daß die Verteilungskosten für diese Güter mit 39% der Verbraucherpreise heute im Durchschnitt um rund 9% höher sind als im Jahre 1938. Die geringere Erhöhung geht fast ausschließlich auf erhöhte Spannen für Nahrungs- und Genußmittel zurück, während die perzentuellen Handelsspannen im übrigen, vor allem bei jenen gewerblichen Produkten, deren Erzeugerpreise sich besonders stark erhöht haben, unverändert geblieben sind oder sogar abgenommen haben.

Veränderung der Handelsspannen für die im Lebenshaltungskostenindex enthaltenen Konsumgüter¹⁾

	März 1938 Spanne in % der Ver- braucherpreise	Mai 1948 % der Ver- braucherpreise	Mai 1948 in % von März 1938
Nahrungsmittel	36,3	48,3	133
Genußmittel	13,4	16,0	119
Bekleidung	33,0	30,0	91
Schuhe	24,3	21,1	87
Hausrat	35,0	25,0	71
Beheizung	66,3	51,0	77
Reinigung	27,0	28,0	104
Sonstiges	25,0	25,0	100
Gewogener Durchschnitt	35,9	39,0	109

¹⁾ Siehe: Statistischer Anhang, S. 301 ff.

Im allgemeinen wäre zu erwarten gewesen, daß die perzentuellen Handelsspannen heute niedriger sind als vor dem Krieg, da sich die Kosten im Handel zweifellos weniger stark erhöht haben als in der landwirtschaftlichen und gewerblichen Produktion. Wohl wird der Handel heute durch die niedrigen Umsätze belastet, ebenso wie die Industrie unter der geringeren Kapazitätsausnutzung und die Landwirtschaft unter den verminderten Hektar-Erträgen leidet. Dem Handel kommen jedoch gewisse kostensenkende Faktoren zugute, die in anderen Wirtschaftszweigen nicht im gleichen Maße wirksam sind. So sind die Preise einiger Produktionsmittel, wie im Handel eine besondere Rolle spielen, wie heute, Beleuchtung und Gütertarife der Bundesbahn im Vergleich zur Vorkriegszeit weit weniger gestiegen als das allgemeine Preisniveau. Außerdem ist der Reklameaufwand zur Zeit sehr gering. In-

folge des Geldüberhanges bestand zumindest bis zum Währungsschutzgesetz kein Absatzrisiko, die Lagerhaltung konnte auf ein Minimum beschränkt werden, die in normalen Zeiten übliche Kreditfunktion des Großhandels erübrigte sich. Schließlich ist noch zu berücksichtigen, daß sich eine Reihe produktivitätsmindernder Faktoren, wie verringerte persönliche Arbeitsleistung, Fehlen von Maschinen und Rohstoffen, im Handel viel weniger auswirkte als in der Industrie und in der Landwirtschaft. Wenn dennoch die Handelsspannen im groben Durchschnitt etwas gestiegen sind, bzw. bei gewerblichen Erzeugnissen mit hohen Einstandspreisen gleichgeblieben oder nur geringfügig zurückgegangen sind, so spricht dies in erster Linie für eine Überbesetzung des Handels und, zumindest in einzelnen Fällen, für eine Überhöhung der Gewinnspannen.

Das Problem der unvollständigen Konkurrenz im Handel

Angesichts dieser Entwicklung taucht die Frage auf, welche Möglichkeiten es gibt, die Verteilungskosten zu senken und den gesamten Verteilungsapparat auf jenen Umfang zu beschränken, der zur Erfüllung seiner volkswirtschaftlichen Funktion erforderlich ist. Eine Möglichkeit bestünde darin, den Verteilungsapparat mit planwirtschaftlichen Methoden zu organisieren. Dazu wäre es notwendig, die Mengenumsatzkapazitäten der einzelnen Geschäfte festzustellen und die Gesamtzahl der Handelsbetriebe durch amtliche Verfügungen auf jenen Umfang zu reduzieren, der dem derzeitigen Gütervolumen unter Einrechnung einer Marge für absehbare Produktionserhöhungen entspricht. Außerdem müßten neue repräsentative Kostenberechnungen angestellt und auf Grund dieser von Amts wegen angemessene Handelsspannen festgelegt werden.

Gegen diese direkten Lenkungsmethoden sprechen jedoch die Erfahrungen der ersten Nachkriegsjahre, in denen es trotz einer Fülle von Vorschriften und Lenkungsmaßnahmen nicht gelungen ist, die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft wiederherzustellen. Erst seit dem Währungsschutzgesetz strebt die österreichische Wirtschaft immer mehr einer freien Konkurrenzwirtschaft zu, in der wieder die Marktpreise die Funktion des Wirtschaftsregulators übernehmen. Es läge daher im Sinne dieser Entwicklung, auch das Problem der Übersetzung des Handels und der überhöhten Handelsspannen mit Hilfe marktwirtschaftlicher Kräfte zu lösen. Wenn im Handel ein freier Wettbewerb besteht, müssen sich — wenigstens theoretisch — die Kosten der Güter-

verteilung durch die dem Marktmechanismus inwohnenden Kräfte automatisch auf das wirtschaftlich notwendige Ausmaß ermäßigen. Die Konkurrenz würde durch Ausschaltung minder leistungsfähiger Betriebe die Zahl der Handelsgeschäfte vermindern, so daß die verbleibenden Geschäfte ihre Kapazität besser ausnutzen und ihre Kosten senken könnten. Übergewinne in einzelnen Branchen würden durch den Konkurrenzkampf der bestehenden Händler oder durch das Auftreten neuer Konkurrenten in Kürze beseitigt werden.

Dieser Gesundungsprozeß wird sich jedoch nur dann relativ kurzfristig und reibungslos vollziehen, wenn die von der Theorie formulierten Bedingungen der „vollständigen Konkurrenz“ — Unabhängigkeit des Marktpreises vom Verhalten des einzelnen Käufers bzw. Verkäufers — gegeben sind. Tatsächlich war jedoch auch in der sogenannten freien Verkehrswirtschaft der Vorkriegszeit die vollständige Konkurrenz immer die Ausnahme und die „unvollständige Konkurrenz“ — eine Marktform, bei der der einzelne Produzent bzw. Händler seinen individuellen Absatz durch entsprechende Preis- und Mengenregulierung mehr oder weniger beeinflussen konnte — die Regel, so daß der Marktmechanismus entweder überhaupt nicht oder nur sehr eingeschränkt funktionierte. Dadurch ist es erklärlich, daß auch vor dem Krieg einzelne Branchen des Handels überbesetzt waren und minder leistungsfähigere Betriebe nicht automatisch ausgeschaltet wurden.

Die Gefahr einer Beschränkung der Konkurrenz und einer monopolartigen Marktbeeinflussung ist gerade im gegenwärtigen Entwicklungsstadium der österreichischen Wirtschaft, in dem sich allmählich der Übergang von einer staatlich gelenkten Wirtschaft zu einer freien Marktwirtschaft vollzieht, besonders groß. Die bisherige direkte Lenkung erforderte monopolartige Organisationen (Verbände, Aufbringungs- und Verteilungsstellen) von Produzenten und Händlern, die, einmal ins Leben gerufen, eine starke Beharrungstendenz aufweisen, auch wenn ihnen ursprünglich zugekommene Funktionen nicht mehr obliegen. Dazu kommt, daß oft auch aus Bequemlichkeit oder aus Mangel ausreichender Kenntnisse über neue Bezugs- und Absatzmöglichkeiten an der bisherigen Art der Güterverteilung festgehalten wird. Diese allgemeine Be-

harrungstendenz verhindert zum Beispiel, daß die Produzenten wieder wie früher direkt mit dem Detailhandel in Verbindung treten oder die Ware selbst unmittelbar an den Konsumenten verkaufen. Auch der einzelne Kleinhändler vermeidet es, seinen bisherigen „Großverteiler“ beim Warenbezug zu umgehen, da er noch zu wenig Vertrauen in die veränderte Wirtschaftslage hat und für den Fall einer neuerlichen Verknappung des Güterangebots und der Wiedereinführung der Bewirtschaftung fürchtet, vom Großhändler bei der Belieferung übergangen zu werden. Nicht zuletzt aber liegt es häufig auch am Konsumenten selbst, der es in der reglementierten Wirtschaft verlernt hat, sich die Mühe zu nehmen, die für ihn günstigsten Einkaufsmöglichkeiten ausfindig zu machen.

Alle diese Hemmungen, die, ganz abgesehen von privaten kartellartigen Vereinbarungen, einem freien Wettbewerb entgegenstehen, bewirken, daß sich der gesamte Verteilungsapparat nur sehr zögernd an die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse anpaßt und daß es privaten monopolartigen Gebilden immer wieder gelingt, die Handelsspannen hochzuhalten und den Absatz künstlich zu beschränken. Die erste und wichtigste Voraussetzung für das Funktionieren des Wettbewerbes ist eine genügend reichliche Warenversorgung. Es genügt aber auch dann noch nicht, im Vertrauen auf die Wirksamkeit des Marktmechanismus nur die Bezugscheinpflicht und die Preiskontrolle für einzelne Waren aufzuheben — obwohl damit der Wettbewerb zweifellos erleichtert wird —, sondern es müssen gleichzeitig noch andere Maßnahmen zur Schaffung eines möglichst freien Wettbewerbes getroffen werden. Dazu gehören nicht nur die Beseitigung funktionslos gewordener Überreste von Bewirtschaftungsorganisationen, sondern auch eine aktive Wirtschaftspolitik zur Bekämpfung monopolartiger Vereinbarungen und ein verständiges Mithelfen der Konsumenten. Jedenfalls wird der nach marktwirtschaftlichen Prinzipien zu erwartende Ausleseprozeß im Handel, seine Rationalisierung und seine Anpassung an die veränderten Wirtschaftsbedingungen nur langsam fortschreiten, da bekanntlich kleinere Händler und Gewerbetreibende auch bei unzureichenden Verdienstmöglichkeiten sich nur zögernd entschließen, ihren Betrieb stillzulegen.

Statistischer Anhang:

Die direkten Verteilungskosten der im Lebenshaltungskostenindex enthaltenen Konsumgüter

Das verfügbare statistische Material über die Handelsspannen und den Verteilungsapparat ist dürftig. Abgesehen von einigen Zahlen, die aus vereinzelt Spezialuntersuchungen bekannt sind, fehlt ein repräsentativer Überblick über die absolute Höhe der Verteilungskosten, ihre regionalen Verschiedenheiten sowie ihre zeitliche Entwicklung. Um dennoch zumindest größenordnungsmäßige Vorstellungen über die Kosten der Güterverteilung zu geben, wurde versucht, für einen möglichst repräsentativen Kreis von Konsumgütern die Handelsspannen und ihre Veränderung gegenüber der Vorkriegszeit zu erfassen. Die Untersuchung wurde auf die für Wien geltenden Verhältnisse abgestellt und beschränkt sich auf die wichtigsten, im Lebenshaltungskostenindex des Institutes enthaltenen Warengruppen. Bei der Beurteilung der Ergebnisse ist zu beachten, daß lediglich die zwischen Produzentenpreis und Letztverbraucherpreis des jeweiligen Produktes liegenden Verteilungskosten erfaßt wurden. Es sind also nicht enthalten die bereits beim Produzenten auflaufenden Verteilungskosten (Vertriebskosten) sowie die Verteilungskosten der zur Erzeugung des Produktes notwendigen Produktionsmittel (Rohstoffe, Halbfabrikate, Maschinen usw.). Eine Ausnahme bilden Brot und Fleisch, bei welchen bis auf die Schlachtviehpreise bzw. bis auf die Mahlpreise zurückgegangen wurde. Die zu den jeweiligen Verbraucherpreisen ermittelten Spannen enthalten daher bei diesen beiden Produkten nicht nur reine Verteilungskosten, sondern auch Verarbeitungskosten.

Sämtliche Spannen wurden in Prozenten des Konsumentenpreises gerechnet, wobei sowohl in der Gegenwart als auch in der Vorkriegszeit jeweils die gleichen Produktionsstufen als Ausgangspunkt gewählt wurden, so daß die Spannen unmittelbar vergleichbar sind.

a) Nahrungsmittel

Die Verteilungskosten für Nahrungsmittel betragen zur Zeit im gewogenen Durchschnitt (gewichtet nach dem Normalverbrauchsschema des Lebenshaltungskostenindex) 48% der Konsumentenpreise gegenüber 36% im April 1938. Sie sind also

um rund ein Drittel höher als im Jahre 1938. Nur bei Mahlprodukten, Milch, Margarine und Speiseöl liegen die perzentuellen Verteilungskosten unter dem Vorkriegsniveau. Besonders stark haben sich die Spannen bei Obst und Gemüse sowie bei Fleisch erhöht. Abgesehen von dem stärkeren Umsatzrückgang in diesen Gütern liegen die Ursachen hierfür bei Obst und Gemüse neben stark gestiegenen Transportkosten vor allem in der unvollständigen Konkurrenz im Obst- und Gemüsehandel, wo auch nach Aufhebung der Bewirtschaftung monopolartige Gebilde weiterbestehen, während die Erhöhung der Spanne beim Fleisch überwiegend durch den Rückgang des durchschnittlichen Schlachtgewichtes, vor allem bei Schweinen und Kälbern, bedingt ist.

Verteilungskosten für Lebensmittel in Wien

Ware	Verteilungskosten in % des Verbraucherpreises		Ware	Verteilungskosten in % des Verbraucherpreises	
	1938 April	1948 Mai		1938 April	1948 Mai
Weizenmehl	17·4	13·8	Schweinefleisch ²⁾	37·0	68·0
Weizengrieß	16·0	13·0	Kalbfleisch	49·0	76·0
Teigwaren	17·2	27·0	Kristallzucker	11·0	11·5
Schwarzbrot ¹⁾	41·0	52·5	Marmelade	23·0	27·0
Semmeln ¹⁾	58·2	72·5	Obst (Apfel)	28·6	57·9
Vollmilch	44·7 ³⁾	34·2	Gemüse (Spinat)	28·6	35·0
Emmentalerkäse	26·0	30·5	Kartoffeln	35·8	41·7
Eier, frisch	19·0	37·3	Hülsenfrüchte		
Teebutter	9·0	15·8	Erbsen gespalten	27·0	27·0
Margarine	24·0	20·0	Salz	17·5	23·5
Speiseöl	27·5	20·0	Gewogener Durchschnitt ⁴⁾	36·3	48·3
Schmalz	18·2	20·0			
Rindfleisch ²⁾	62·0	66·0			

¹⁾ Einschließlich Bäckerspanne (Mehl — Backware). — ²⁾ Vorkriegsspanne 1934. — ³⁾ Einschließlich Schlächter- und Fleischerspanne (Schlachtvieh — bestimmte Fleischsorte). Die Prozentziffern der Verteilungskosten für Fleisch können nicht als typisch angesehen werden, da jeweils nur die Spanne zu einer bestimmten Fleischsorte (z. B. Schlußbraten) berechnet wurde. — ⁴⁾ Gewicht nach dem Aufwand für die Lebenshaltung (Lebenshaltungskostenindex des ÖIFW).

Von der durchschnittlichen Gesamthandelsspanne, ohne Fleisch und Brot (deren Spannen auch Verarbeitungskosten enthalten), entfallen zur Zeit 53·4% auf den Großhandel und 46·6% auf den Kleinhandel. Der Anteil des Großhandels ist also etwas größer als der des Kleinhandels. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß in der Großhandelsspanne Aufkaufhandelsspannen, Frachtkosten und Frachtausgleiche, Wirtschaftsverbandbeiträge und bei Milch außerdem die Molkereispannen mit einbezogen sind.

Aufteilung der Verteilungskosten für Lebensmittel in Wien auf Groß-¹⁾ und Kleinhandel im Mai 1948

Ware	Gesamt-preis-spanne in % der Ver-bräucher-preise	Davon			
		Großhandel		Einzelhandel	
		Spanne in % der			
		Ver-bräucher-preise	Gesamt-preis-spanne	Ver-bräucher-preise	Gesamt-preis-spanne
Weizenmehl	13'8	4'5	32'6	9'3	67'4
Weizengrieß	13'1	4'3	32'8	8'8	67'2
Teigwaren	27'0	5'1	18'9	21'9	81'1
Vollmilch	34'2	22'4	65'5	11'8	34'5
Emmentalerkäse	30'5	10'5	34'4	20'0	65'6
Eier, frisch	37'3	28'8	77'2	8'5	22'8
Teebutter	15'8	4'4	27'8	11'4	72'2
Margarine	20'0	5'2	26'0	14'8	74'0
Speiseöl	20'0	5'2	26'0	14'8	74'0
Schmalz	20'0	3'2	16'0	16'8	84'0
Kristallzucker	11'5	3'5	30'4	8'0	69'6
Marmelade	27'0	5'1	18'9	21'9	81'1
Obst (Äpfel)	57'9	38'0	65'6	19'9	34'4
Gemüse (Spinat)	35'0	9'0	25'7	26'0	34'3
Kartoffeln	41'7	27'8	66'7	13'9	33'3
Hülsenfrüchte (Erbsen)	27'0	5'1	18'9	21'9	81'1
Salz	23'5	4'5	19'1	19'0	80'9
Durchschnitt ²⁾	33'2	17'7	53'4	15'5	46'6

¹⁾ Einschließlich Aufkaufhandel, Versandhandel, Frachtkosten und Frachtausgleiche, Wirtschaftsverbandsbeiträge usw. — ²⁾ Gewichtet nach dem Aufwand für die Lebenshaltung.

b) Genußmittel

Als Ausgangspunkt für die Spannenberechnung der *Genußmittel* wurde bei Importwaren der Großhandelseinstandspreis (verzollt) und bei inländischen Waren der Fabriksabgabepreis gewählt. Ebenso wie bei den Nahrungsmitteln sind auch hier die Verteilungsspannen gegenüber der Vorkriegszeit etwas gestiegen. Während im April 1938 vom Verbraucherpreis der erfaßten Waren im Durchschnitt nur 13'4% auf Verteilungskosten entfielen, betrug dieser Anteil im Mai 1948 16'0%.

Verteilungskosten für Genußmittel in Wien

Ware	Verteilungskosten in % der Verbraucherpreise	
	April 1938	Mai 1948
Ersatzkaffee	24'3	27'3
Zigaretten	10'7	14'5
Tabak	10'7	14'5
Durchschnitt ¹⁾	13'4	16'0

¹⁾ Durchschnitt gewichtet nach dem Aufwand für die Lebenshaltung.

Der Anteil des Einzelhandels bei den Genußmitteln ist mit 70 bis 80% der Gesamtspanne bedeutend größer als bei den Nahrungsmitteln.

Aufteilung der Verteilungskosten für Genußmittel in Wien auf den Groß- und Kleinhandel im Mai 1948

Ware	Gesamt-preis-spanne in % der Ver-bräucher-preise	Davon			
		Großhandel		Einzelhandel	
		Spanne in % der			
		Ver-bräucher-preise	Gesamt-preis-spanne	Ver-bräucher-preise	Gesamt-preis-spanne
Ersatzkaffee	27'3	5'2	19'0	22'1	81'0
Tee	30'6	5'6	18'3	25'0	81'7
Kakao	29'1	7'8	26'8	21'3	73'2
Zigaretten	14'5	1'2	8'3	13'3	91'7
Tabak	14'5	1'2	8'3	13'3	91'7

c) Bekleidung und Schuhe

Bei *Bekleidungsgegenständen* betrug die Kleinhandelsspanne vor dem Kriege durchschnittlich 30 bis 33%. Bei Einschaltung des Großhandels erhöhte sich die Gesamtspanne auf rund 40%. Da vor dem Kriege in Wien der Kleinhandel mit Bekleidung zumeist direkt vom Erzeuger beliefert wurde, kann ein Verteilungskostenbetrag von etwa einem Drittel des Konsumentenschillings als repräsentativ angesehen werden. In der Kriegs- und Nachkriegszeit gewann der Großhandel mit Fertigwaren auch für Wien an Bedeutung, da das Bewirtschaftungssystem Großhandelsbetriebe als „Großverteiler“ benötigte und ihre Entstehung begünstigte. Obwohl die Zahl der Großhandelsbetriebe bedeutend gestiegen ist (die Anzahl der Textilgroßhändler in Wien hat sich seit 1938 trotz des verringerten Handelsvolumens fast verdreifacht), haben sich die durchschnittlichen Verteilungskosten prozentmäßig kaum geändert. Sie liegen mit etwa 30 Groschen je Verbraucherschilling eher etwas niedriger als in der Vorkriegszeit. Selbst diese Spanne kann jedoch aus Absatzmangel bei vielen Produkten nicht mehr kalkuliert werden.

Auch bei der Verteilung von *Schuhen* spielt in Wien der Schuhgroßhandel nur eine geringe Rolle, da in der Regel der Schuheinzelhandel direkt vom Schuherzeuger bezieht. Im Schuheinzelhandel haben sich die Handelsspannen von 24'3% im Jahre 1938 auf 21'1% im Jahre 1948 erniedrigt. Eine weitere Senkung der Handelsspanne ist vorgesehen.

Verteilungskosten für Schuhe in Wien (Einzelhandel bei direktem Bezug ab Erzeuger)

Ware	Verteilungskosten in % der Verbraucherpreise	
	April 1938	Mai 1948
Herrenschuhe	25	21'9
Damenschuhe	25	21'9
Kinderschuhe	20	18'8
Durchschnitt ¹⁾	24'3	21'1

¹⁾ Gewichtet nach dem Aufwand für die Lebenshaltung.

d) Haushaltgegenstände

Infolge der Vielfalt der *Haushaltgegenstände* ist eine Ermittlung der durchschnittlichen Verteilungskosten sehr schwierig. Nach den Angaben einiger repräsentativer Wiener Firmen sowie auf Grund einzelner Spezialuntersuchungen kann mit einiger Zuverlässigkeit angenommen werden, daß der Konsument bei den im Lebenshaltungskostenindex enthaltenen Haushaltgegenständen rund 25% an Verteilungskosten bezahlt, gegenüber einem Anteil von etwa 35% im Jahre 1938. Diese Spannen beziehen sich jedoch nur auf die im Lebenshaltungskostenindex angeführten Waren und

können nicht ohne weiteres als typisch für den gesamten Umsatz in diesen Erzeugnissen angesehen werden, für den auch heute der Prozentsatz etwas höher liegen dürfte.

e) Beheizung

Untersucht wurden die Verteilungskosten bei inländischer und ausländischer Kohle für den *Hausbrand*. Dabei ergab sich, daß die perzentuellen Verteilungskosten für ausländische Kohle hauptsächlich infolge der starken Erhöhung des ausländischen Einstandspreises zur Zeit bedeutend niedriger sind als vor dem Kriege. Für polnische Steinkohle betragen die Verteilungskosten heute nur rund 49%¹ des Verbraucherpreises, gegen rund 72% Ende 1937.

Bei inländischer Kohle ist der Verteilungskostenanteil im allgemeinen unverändert geblieben. Von den relativ hochwertigen inländischen Kohlenarten beträgt der Anteil heute bei Karlschacht-Stückkohle rund 64%¹, bei Fohnsdorfer Nußkohle rund 53%¹ und bei Seegrabner Nußkohle rund 50%¹; insgesamt im groben Durchschnitt rund 56%¹. Für das Jahr 1934 ergab sich aus den durchschnittlichen Verbraucherpreisen der Kohle der drei genannten Gruben von 88 S per t (Karlschacht 80 S, Fohnsdorf 88 S, Seegraben 95 S) — nach Abzug der bewilligten Wiener Gesamthandelsspanne mit 34 S, der Fracht mit durchschnittlich 15 S, der Verschubgebühr mit S 0.40 und der Warenumsatzsteuer mit S 0.50 — ein Grubenerlös von durchschnittlich 38 S per t und eine Verteilungskostenbelastung von rund 57 Groschen je Konsumentenschilling. (Bei minderwertigen inländischen Kohlenarten war die Verteilungskostenbelastung allerdings bedeutend höher; Lignitkohle mit 3.300 bis 3.500 Wärmeeinheiten wurde nach einer Berechnung des Österreichischen Kuratoriums für Wirtschaftlichkeit¹) aus dem Jahre 1934 auf dem Wege von der Grube zum Verbraucher auf das 4.6fache verteuert.)

Im gewogenen Durchschnitt²) von inländischer und ausländischer Kohle beträgt die Verteilungskostenbelastung der Preise gegenwärtig rund 51%¹, gegen 66%¹ vor dem Kriege. Durchschnittlich mußten also von jedem für Kohle ausgegebenen Konsumentenschilling in Wien vor dem Kriege um

¹) OKW — Veröffentlichung Nr. 17 „Die österreichische Kohle“, Wien 1934, S. 64.

²) Gewichtet nach dem Verbrauch des Jahres 1937.

29%¹ mehr für die Verteilung bezahlt werden als gegenwärtig.

Die nur in *Wien* auflaufenden Verteilungskosten für Kohle sind gestiegen. Daß die Gesamtverteilungskosten dennoch niedriger sind, ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Kohlenfrachtsätze der Bundesbahnen nicht im gleichen Ausmaße gestiegen sind wie andere Kostenfaktoren.

In Wien entstehende Verteilungskostenbelastung bei Kohle

(Rutschenhandel, Transport, Einzelhandel, Transport franko Haus)

Kohlensorte	Verteilungskosten in % der Verbraucherpreise			
	1934—1937	Ø	Mai 1948	Ø
Polnische Steinkohle	34		40.8	
Wiener Gaskoks	·		32.7	
Karlschacht	42.5	} 39	52	} 47
Fohnsdorfer Nuß	39		45	
Seegrabner Nuß	35		43	

f) Sonstiges

Neben den bisher untersuchten Waren wurden weiters die Verteilungskosten für Waschseife (Kernseife) und für Tageszeitungen ermittelt. Bei Seife betragen die Spannen im Jahre 1938 rund 27% des Verbraucherpreises; davon entfielen 10% auf den Großhandel und 17% auf den Kleinhandel. Heute betragen die Gesamtverteilungskosten 28%¹; davon 10%¹ der Gesamtspanne beim Großhandel und 18% beim Kleinhandel.

Die gesamten Verteilungskosten für eine billige Tageszeitung (Kleinhandelspreis 1938 7 Groschen, heute 35 Groschen) sind heute mit 25% gegenüber 1938 unverändert geblieben. Lediglich innerhalb dieser Preisspanne sind seit 1938 geringfügige Verschiebungen zugunsten des Trafikantenrabattes von 10%¹ auf 12.5%¹) und des Kolporteurrabattes (von 15%¹ auf 18%¹) eingetreten.

g) Zusammenfassung

Faßt man sämtliche bisher ermittelten Handelsspannen zu einem Index zusammen, so ergibt sich, daß der Aufwand für die Lebenshaltung vor dem Kriege durchschnittlich zu 35.9% und gegenwärtig zu 39.0%¹ mit direkten Verteilungskosten belastet war. Die durchschnittliche Mehrbelastung je Konsumentenschilling beträgt heute also 8.6%. Wie bereits im allgemeinen Teil hervorgehoben wurde, läßt diese Relation noch keinen Schluß über die Angemessenheit der gegenwärtigen Verteilungskosten zu. Ein Urteil darüber kann erst durch eine genaue Untersuchung der Kosten und Spannen bei jeder einzelnen Ware gewonnen werden.

Wöchentlicher Mindest-Aufwand für die Lebenshaltung auf Grund der Zuteilung für Arbeiterfamilien in Wien

Table with columns: Versorgungsperiode, Ohne Kind (Ernährung, Gesamt), Mit 1 Kind (Ernährung, Gesamt), Mit 2 Kindern (Ernährung, Gesamt). Rows include dates from 1946 to 1948 and family types: Familie eines Arbeiters, Familie eines Schwerarbeiters.

Die absoluten Lebenshaltungskosten enthalten lediglich die Aufwände für die zugeteilten Nahrungs- und Genussmittel (einschließlich Rauchwaren), ferner die Ausgaben für Wohnung, Beheizung und Beleuchtung (nach dem zulässigen Verbrauch), Reinigung und Körperpflege, Bildung, Unterhaltung und für Verkehrsmittel. Dem Ernährungsaufwand sind die vom Marktamt der Stadt Wien festgesetzten Verbraucherpreise für billigere und teure Sorten zugrunde gelegt. Für die Ermittlung der Aufwände wurden die durchschnittlichen Preise eingesetzt. Die Berechnung wurde angestellt für eine Familie: a) mit Arbeiterzusatzkarte und b) mit Schwerarbeiterzusatzkarte, in beiden Fällen für ein kinderloses Ehepaar sowie für Familien mit einem Kind (3-6 Jahre) und mit zwei Kindern (3-6 und 6-12 Jahre).

Lebenshaltungskostenindex¹⁾ nach dem Normalverbrauchsschema für eine 4köpfige Arbeiterfamilie in Wien I. Entwicklungsmäßige Darstellung

Table with columns: Zeit, Aufwand in S (1 RM = 1 S) pro Woche für die gesamte Lebenshaltung, Aufwand für die Lebenshaltung nach Bedarfsgruppen (April 1945 = 100) including Gesamt, Nahrungs- und Genussmittel, Wohnung, Beheizung und Beleuchtung, Bekleidung, Haushaltsgegenstände, Reinigung und Körperpflege, Bildung und Unterhaltung, Verkehrsmittel.

1) Zusätzliche Erhebungen von Gebrauchsgüterpreisen ermöglichten eine Neuberechnung der Lebenshaltungskosten auf breiterer Basis. Vom Gesamtaufwand entfielen auf Nahrungs- und Genussmittel im April 1938 56,0%, im August 1948 56,0%, auf Wohnung im April 1938 18,0%, im August 1948 20,8%, auf Beheizung und Beleuchtung im April 1938 8,4%, im August 1948 6,1%, auf Bekleidung im April 1938 10,0%, im August 1948 14,1%. ... 10) Der Index wurde auf Grund endgültiger Preisfestsetzungen rückwirkend korrigiert.

II. Aufgliederung nach Verbrauchsgruppen und Waren¹⁾

Ware	Verbrauch wöchentl. Menge in Gramm	Preise der Mengeneinheit					Aufwand				
		April 1938	Mai 1948	Juni 1948	Juli 1948	August 1948	April 1938	Mai 1948	Juni 1948	Juli 1948	August 1948
		Groschen					Schilling				
<i>Index</i>						100'0	307'4	306'0	302'9	302'9	
Wöchentl. Gesamtaufwand für die Lebenshaltung						62'51	192'18	191'26	189'37	189'32	
I. Nahrungsmittel											
Weizenmehl	1.701	64-74	92-160	92-160	92-160	92-160	1'17	2'14	2'14	2'14	
Grieß	160	70-80	168	168	168	168	0'12	0'27	0'27	0'27	
Teigwaren	107	100-160	315-325	315-325	315-325	315-325	0'44	0'34	0'34	0'34	
Schwarzbrot	5.487	51-61	110	110	110	110	3'07	6'04	6'04	6'04	
Semmeln	1.380	175	206'5	206'5	206'5	206'5	2'42	2'85	2'85	2'85	
Reis (Splendor)	378	56-68	56-73 ²⁾	56-73 ²⁾	56-73 ²⁾	56-73 ²⁾	0'23	0'24	0'24	0'24	
Vollmilch, Liter	8'76	45	76	76	76	76	3'94	6'66	6'66	6'66	
Emmentaler Käse	197	360-500	1.065	1.065	1.065	1.065	0'85	2'10	2'10	2'10	
Eier, frisch, Stück	10'5	10-13	59	59	59	59	1'21	6'20	6'20	6'20	
Teobutter	224	440-520	1.280	1.280	1.280	1.280	1'08	2'87	2'87	2'87	
Margarine	170	120-180	688	688	688	688	0'26	1'17	1'17	1'17	
Speiseöl	128	120-240	800	800	800	800	0'23	1'02	1'02	1'02	
Schmalz	167	240-280	900	900	900	900	0'43	1'50	1'50	1'50	
Speckfliz	823	220-250	550	550	550	550	1'93	4'53	4'53	4'53	
Fleisch	2.428										
davon: Rindfleisch	607	240-320	640-750	640-750	640-750	640-750	1'70	4'22	4'22	4'22	
Schweinefleisch	1.214	230-270	1.100	1.100	1.100	1.100	3'04	13'35	13'35	13'35	
Kalbfleisch	607	240-320	1.300-1.600	1.300-1.600	1.300-1.600	1.300-1.600	1'70	8'80	8'80	8'80	
Extrawurst	567	220-340	650-950	650-950	650-950	650-950	1'59	4'54	4'54	4'54	
Kristallzucker	1.471	122	320-334	320-334	320-334	320-334	1'79	4'81	4'81	4'81	
Marmelade	36	136-240	650-950	650-950	650-950	650-950	0'07	0'29	0'29	0'29	
Obst (Apfel)	2.363	36-100	225-420	225-420	225-420	225-420	1'61	7'02	7'02	7'02	
Gemüse (Blätterspinat)	2.896	12-30	130-270	130-270	130-270	130-270	0'61	5'79	5'79	5'79	
Kartoffeln	3.439	7-12	40	70	72	72	0'33	1'38	2'41	2'48	
Hülsenfrüchte	143	72-100	120	120	120	120	0'12	0'17	0'17	0'17	
Salz, offen	217	72-80	160	160	160	160	0'16	0'35	0'35	0'35	
<i>Wöchentlicher Aufwand</i>							29'80	89'25	90'28	89'01	
<i>Index</i>							100'0	299'5	303'0	298'7	
II. Genußmittel											
Kaffee, gebr.	173	920-1.800	785	785	785	785	2'35	1'36	1'36	1'36	
Ersatzkaffee	173	141-180	612	612	612	612	0'28	1'06	1'06	1'06	
Tee	6	1.800-3.000	3.500	3.500	3.500	3.500	0'14	0'21	0'21	0'21	
Kakao	1	400-570	4.284	4.284	4.284	4.284	0'10	0'90	0'90	0'90	
Bier, Lager, Liter	1	90-113	200	200	200	200	1'01	2'00	2'00	2'00	
Wein, weiß, Liter	0'25	120-240	1.600	1.600	1.400	1.400	0'45	4'00	4'00	3'50	
Zigaretten, Stück	12	6	16	16	16	16	0'72	1'92	1'92	1'92	
Pfeifentabak	2 Pack. à 50 g	36	300	300	300	300	0'72	6'00	6'00	6'00	
<i>Wöchentlicher Aufwand</i>							5'77	17'45	17'45	16'95	
<i>Index</i>							100'0	302'4	302'4	293'8	
III. Bekleidung ³⁾											
Oberkleidung	Jahresverbrauch	153'50	875'00	770'00	770'00	
Unterkleidung	Jahresverbrauch	86'36	808'50	808'50	808'50	
Schuhe	Jahresverbrauch	79'34	475'82	469'80	469'80	
<i>Wöchentlicher Aufwand</i>							6'14	41'53	39'51	39'39	
<i>Index</i>							100'0	676'5	643'6	641'7	
IV. Wohnung											
Mieterschutzwohnung, bestehend aus 1 Zimmer, 1 Kabinett, 1 Küche	<i>Wöchentlicher Zins</i>						5'50	5'77	5'77	5'77	
<i>Index</i>							100'0	104'9	104'9	104'9	
V. Beleuchtung und Beheizung											
Steinkohle kg	600	10-11	28'5	28'5	28'5	28'5	56'00	171'00	171'00	171'00	
Koks kg	600	9'3-10'5	33'1	33'1	33'1	33'1	59'40	198'60	198'60	198'60	
Holz, weich kg	100	6-10'5	32'0	32'0	32'0	32'0	8'25	32'00	32'00	32'00	
Gas m ³	365	22'5	36'7	36'7	36'7	36'7	82'13	133'96	133'96	133'96	
Elektrischer Strom kWh	72	80	93'0	93'0	93'0	93'0	57'60	66'96	66'96	66'96	
<i>Wöchentlicher Aufwand</i>							5'26	11'59	11'59	11'59	
<i>Index</i>							100'0	220'4	220'4	220'4	
VI. Haushaltsgegenstände ³⁾											
<i>Wöchentlicher Aufwand</i>							1'68	7'03	7'13	7'13	
<i>Index</i>							100'0	417'8	423'6	423'6	
VII. Reinigung und Körperpflege ³⁾											
<i>Wöchentlicher Aufwand</i>							2'05	7'15	7'15	7'15	
<i>Index</i>							100'0	348'6	348'6	348'6	
VIII. Bildung und Unterhaltung ³⁾											
<i>Wöchentlicher Aufwand</i>							2'69	6'86	6'83	6'83	
<i>Index</i>							100'0	254'7	253'5	253'5	
IX. Verkehrsmittel ³⁾											
<i>Wöchentlicher Aufwand</i>							3'62	5'55	5'55	5'55	
<i>Index</i>							100'0	153'4	153'4	153'4	

¹⁾ Siehe Fußnoten zum I. Teil dieser Übersicht auf der vorhergehenden Seite. — ²⁾ Letzte verfügbare Notierung. — ³⁾ Über die Zusammensetzung orientieren die Fußnoten auf der vorhergehenden Seite.

Kohleneinfuhr Österreichs nach Herkunftsländern¹⁾

Table showing coal import statistics for Austria by country of origin (Steinkohle, Braunkohle, Koks) from 1929 to 1948. Columns include total, D.R., ČSR, Poland, and other countries, with sub-columns for tons and percentage.

1) Statistik der Obersten Bergbehörde (im Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau). — 2) Umgerechnet auf Steinkohlenbasis: t Steinkohle = t Koks = 2 t Braunkohle oder Braunkohlenbriketts. — 3) Einschließlich Saar.

Versorgung Österreichs mit Kohle

Table detailing coal supply for Austria, categorized by consumer groups (Inland, Ausland, Gesamt) and usage (Verkehr, Stromerzeugung, Gas, Industrie, etc.).

1) Statistik der Obersten Bergbehörde (im Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau). Die Angaben erfolgen auf Steinkohlenbasis (t Steinkohle = t Koks = 2 t Braunkohle oder Braunkohlenbriketts). — 2) Statistik der Österr. Kohlenstelle. Unter Berücksichtigung des (aus ausländischer Kohle erzeugten) Gas- bzw. Hüttenkoks. — 3) Aus der österreichischen Förderung gelieferte Menge, ohne Eigenbedarf des Kohlenbergbaues und ohne inländischen Gas- und Hüttenkoks. — 4) Siehe Fußnote 1). — 5) Einschließlich Kleingewerbe.

Kohlenbelieferung wichtiger Industriezweige¹⁾²⁾ [auf Steinkohlen-Basis³⁾ umgerechnet]

Table showing coal supply for key industrial sectors (Baustoff-Ind., Glas-Ind., Eisen- u. Metall-Ind., etc.) from 1929 to 1948.

1) Nach den Ausweisen der Bewirtschaftungsstelle für Brennstoffe (im Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau). — 2) Einschließlich Lieferung mit Gas- und Hüttenkoks, der im Inland aus eingeführter Steinkohle erzeugt wurde. — 3) t Steinkohle = t Koks = 2 t Braunkohle oder Braunkohlenbriketts. — 4) Einschließlich Elektroindustrie. — 5) Ledererzeugung und Lederverarbeitung. — 6) Textil- und Bekleidungsindustrie. — 7) Papiererzeugung und Papierverarbeitung. — 8) Einschließlich Zellwollerzeugung und Stickstoffwerke. — 9) Nahrungs- und Genussmittelindustrie.

Metallhütten 1)

Table with columns: Zeit, Blei, Aluminium, Blei-konzentrate, Zink-konzentrate. Rows: 1929-1947 (I-VI).

Magnesitindustrie 1)

Table with columns: Zeit, Rohmagnesit, Sintermagnesit, Kaust. gebr. Magnesit, Magnesitesteine. Rows: 1930-1947 (I-VII).

Baustoffindustrie 1)

Table with columns: Zeit, Mauerziegel, Dachziegel, Kunstschieferdachplatt, Zement, Bauglas, Gußglas, Kalk, Baugips, Dachpappe, Heraolith. Rows: 1929-1948 (I-VI).

Chemische Industrie 1)

Table with columns: Zeit, Minium, Lithopona, Blei-glätte, Blei-weiß, Schwefelhar., Kaust. Soda, Chlor-flüssig, Karbid. Rows: 1937-1948 (I-VI).

Papierindustrie 1)

Table with columns: Zeit, Holzschliff, Zellulose, Papier, Pappe. Rows: 1929-1948 (I-VI).

Leder- und Schuhindustrie¹⁾

Table with columns: Zeit, Sohlenleder, Oberleder, Lederschuhe, Hilfsstrabschuhe, Arb-schuhe, Haus-schuhe, freie Schuhe. Rows include years 1937-1947 and 1948 I-VII.

1) Angaben der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft. — 2) Bezugscheinfreie Schuhe.

Textilindustrie¹⁾

Table with columns: Zeit, Hanfgarne, Leinengarne, Papiergarne, Kunstseidengewebe, Naturseidengewebe, Leinengewebe, Hanfgewebe, Papiergewebe. Rows include years 1936-1947 and 1948 I-VI.

1) Statistik der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft.

Textilindustrie¹⁾

Detailed textile production table with columns for Zellwolle, Baumwollgarne, Schafwollgarne, Zellwollgarne, Baumwollgewebe, Schafwollgewebe, Zellwollgewebe. Includes sub-columns for 'insges.', '%', and 'davon für Lohnverkehr'.

1) Statistik der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft. — 2) 1946 (1937 noch keine Erzeugung). — 3) 1946 = 100.

Braundindustrie¹⁾²⁾

Table showing beer production in Austria by region (Wien, N.-Öst., Steiermark, Kärnten, Ob.-Öst., Salzburg, Tirol) from 1945/46 to 1948 VI.

1) Statistik des Verbandes der Brauereien (und — für die Jahre vor 1938 — Ausweise des Bundesministeriums für Finanzen). — 2) Monatsergebnisse. Die in der Zeile 1946 ausgewiesenen Werte gelten für das Kalenderjahr 1946, während die für die einzelnen Braujahre eingesetzten Zahlen für das jeweilige Braujahr (1. September bis 31. August des folgenden Jahres) gelten.

Beschäftigung in Bergbau und Industrie¹⁾²⁾

Table showing employment statistics in mining and industry from 1946 X to 1948 V, including columns for Zahl der Erlästen, Verteilung der Betriebe nach der Ausnutzung der Kapazität, and Arbeitsstunden je Arbeiter im Monat.

1) Statistik der Sektion Industrie der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft. — 2) In diese Statistik sind nur einbezogen erzeugende Betriebe mit 6 und mehr Beschäftigten. — 3) Angestellte und Arbeiter. — 4) Die Betriebe werden nach der Ausnutzung ihrer Kapazität in vier Gruppen eingeteilt, je nachdem sie die vorhandene Kapazität bis 25%, von 26 bis 50%, von 51 bis 99% oder zu 100% ausnützen.

Entwicklung des Beschäftigtenstandes in 1678 repräsentativen Betrieben Österreichs¹⁾

Table showing employment trends in 1678 representative enterprises in Austria from 1915 to 1948. Columns include industry sectors like Bergbau, Eisen- und Metall-ind., Holz-ind., etc., and monthly data points.

1) Statistik der Wiener Arbeiterkammer nach eigenen Erhebungen. — 2) Erste Lohnwoche des Monates. — 3) Chemische und Gummii-industrie. — 4) Nahrungs- und Genußmittelindustrie. — 5) Gewogener Gesamt-Durchschnitt. — 6) Der Beschäftigtenstand der 7 Zuckerfabriken ist von Dezember 1947 bis Jänner 1948 um 63,31 % zurückgegangen (Beendigung der „Kampagne“).

Stand der Krankenversicherten in Österreich nach Wirtschaftszweigen¹⁾²⁾

Table showing the number of insured sick persons in Austria by economic sector from 1929 to 1948. Columns include Land- und Forstwirtschaft, Bergbau, Industrie, Gewerbe, Handel, etc., and monthly data points.

1) Statistik des Bundesministeriums für soziale Verwaltung nach den Meldungen der Krankenkassen. — 2) Monatsende. — 3) Krankenversicherungsanstalt der Bundesangestellten. — 4) Krankenfürsorgeanstalt der Angestellten und Bediensteten der Stadt Wien. — 5) Meisterkrankenkassen (krankenversicherte selbständige Erwerbstätige). — 6) Jahresende.

Mitgliederstand der Wiener Gebietskrankenkasse¹⁾²⁾⁶⁾

Table showing the membership of the Vienna Regional Sick Insurance Fund from 1937 to 1948. Columns include categories like Arbeiter, Angestellte, Arb. u. Angest. zus., Hausgehilfen, Hausbesorger, and Insgesamt, with sub-columns for M., F., and Z.

1) Es werden hier lediglich Mitglieder mit einer versicherungspflichtigen Beschäftigung ausgewiesen. — 2) Monatsende. — 3) Ohne Hausgehilfen und Hausbesorger. — 4) Einschließlich Hausgehilfen und Hausbesorger. — 5) M. = Männer, F. = Frauen, Z. = Männer und Frauen zusammen. — 6) Die Angaben für 1937 beziehen sich nur auf Alt-Wien (21 Bezirke), und zwar nach den Ausweisen der Arbeiter-Krankenversicherungskasse und der Angestellten-Krankenkassen.

Vorgemerkte Stellensuchende (Arbeiter und Angestellte) in Österreich¹⁾²⁾

Offene Stellen (für Arbeiter und Angestellte) in Österreich¹⁾²⁾

Table with columns for 'Zeit' (Year) and 'Arbeiter', 'Angestellte', 'Arbeiter und Angestellte zusammen' (M, F, Z).

Table with columns for 'Zeit' (Year) and 'Arbeiter', 'Angestellte', 'Arbeiter und Angestellte zusammen' (M, F, Z).

1) Statistik des Bundesministeriums für soziale Verwaltung nach den Meldungen der Landesarbeitsämter. — 2) Monatsende. — 3) M. = Männer, F. = Frauen, Z. = Männer und Frauen zusammen. — 4) Einschließlich 1.197 (856 männl. und 342 weibl.) Lehrlinge. — 5) Einschließlich 3.414 (2.072 männl. und 1.343 weibl.) Lehrlinge.

1) Statistik des Bundesministeriums für soziale Verwaltung nach den Meldungen der Landesarbeitsämter. — 2) Monatsende. — 3) M. = Männer, F. = Frauen, Z. = Männer und Frauen zusammen.

Vorgemerkte Stellensuchende — nach Berufsgruppen — in Österreich¹⁾²⁾

Table with columns for 'Zeit' (Year) and various professional groups: Land-wirtschaft, Bergbau, Ind. in Steinen, Baugeerbe, Eisen-ind., Holz-ind., Leder-ind., Textil-ind., Bekleidungs-ind., Papier-ind., Graph. Gew., Chem. Ind., Nahr.-Ind., Gast-gew., Hilfs-arb., Ver-kehr, Haus-gew.

1) Statistik des Bundesministeriums für soziale Verwaltung nach den Meldungen der Landesarbeitsämter. — 2) Monatsende. — 3) Land- und Forstwirtschaft. — 4) Industrie in Steinen, Erden, Ton und Glas. — 5) Eisen-, Metall- und Elektroindustrie. — 6) Chemische und Gummiindustrie. — 7) Nahrungs- und Genußmittelindustrie. — 8) Hotel-, Gast- und Schankgewerbe. — 9) Die Hilfsarbeiter sind bei den einzelnen Industrien mitgezählt, vor allem im Baugeerbe.

Offene Stellen — nach Berufsgruppen — in Österreich¹⁾²⁾

Table with columns for 'Zeit' (Year) and various professional groups: Land-wirtschaft, Bergbau, Ind. in Steinen, Baugeerbe, Eisen-ind., Holz-ind., Leder-ind., Textil-ind., Bekleidungs-ind., Papier-ind., Graph. Gew., Chem. Ind., Nahr.-Ind., Gast-gew., Hilfs-arb., Ver-kehr, Haus-gew.

1) Statistik des Bundesministeriums für soziale Verwaltung nach den Meldungen der Landesarbeitsämter. — 2) Monatsende. — 3) Land- und Forstwirtschaft. — 4) Industrie in Steinen, Erden, Ton und Glas. — 5) Eisen-, Metall- und Elektroindustrie. — 6) Chemische und Gummiindustrie. — 7) Nahrungs- und Genußmittelindustrie. — 8) Hotel-, Gast- und Schankgewerbe.

Österreichische Bundesbahnen

Verkehrsübersicht table with columns for Betriebs-einnahmen, Betriebsausgaben, Wagnestell., and Personenverkehr. Includes sub-headers for directions like Wien, Linz, Innsbruck, Vill.

1) Ohne die Ausgaben zur Behebung von Kriegsschäden. — 2) Ab Jänner 1946 einschließlich des Militärverkehrs. — 3) März bis Dezember.

Table for Reisegepäckverkehr, Expreßgutverkehr, and Eilstückgutverkehr. Columns include Zeit, Direktionsbezirk, and Abgefertigte 1.000 Sendungen.

Table for Frachtstückgutverkehr, Wagenladungen ohne Kohle, and Wagenladungen mit Kohle. Columns include Zeit, Direktionsbezirk, and Abgefertigte 1.000 Sendungen.

Güter-Einfuhr und -Ausfuhr der Österreichischen Bundesbahnen

Main table showing freight statistics for 1947 and 1948. Columns include year, month, and various country codes (Be., BG., DK., D., GB., F., GR., I., Y., L., NL., N., PL., R., SU., S., CH., CS., TR., Ung., NA., SA.). Rows are grouped by year and month.

Abkürzungen: Be. = Belgien, BG. = Bulgarien, DK. = Dänemark, D. = Deutschland, GB. = Großbritannien, F. = Frankreich, GR. = Griechenland, I. = Italien, Y. = Jugoslawien, L. = Luxemburg, NL. = Niederlande, N. = Norwegen, PL. = Polen, R. = Rumänien, SU. = Rußland, S. = Schweden, CH. = Schweiz, CS. = Tschechoslowakei, TR. = Türkei, Ung. = Ungarn, NA. = Nordamerika, SA. = Südamerika

Table for Postkraftwagen-Verkehr and Wiener Verkehrsbetriebe. Columns include Zeit, Anz. der Linienn, Eingesetzte Omnibusse, Fahrkilometer, Betriebskilometer, Wagenbetriebsstand, Wagennutzkilometer, Beförderte Personen, and Stromverbrauch.

Einschließlich Sonderfahrten. — 2) Straßenbahn und Stadtbahn. — 3) W.-N.-km = Wagennutzkilometer. — 4) Die Jahresdurchschnitte werden aus den endgültigen Jahressummen errechnet.

Außenhandel nach den wichtigsten Warengruppen 1)
(ausschließlich des Verkehrs mit Edelmetallen und Münzen)
M = Menge in 1000 q; W = Wert in Mill. Schilling

Zeit	Einfuhr											Ausfuhr																										
	Insgesamt		Nahrungsmittel u. Getränke				Robstoffe u. halbfertige Waren					Fertige Waren		Insgesamt		Nahrungsmittel, Getränke, Rohstoffe u. halbfertige Waren						Fertige Waren																
							insgesamt	davon								insgesamt	insgesamt	davon		insgesamt	davon	insgesamt	davon															
	M	W	M	W	M	W		M	W	M	W	M	W	M	W			M	W																			
1937	5.150	1217	966	0	26	0	3.987	517	2.827	8	5	60	9	12	5	122	1	35	7	3.174	101	4	2.757	33	5	102	2	1	3	1.416	10	9	408	66	8	24	17	
1946	2.006	209	3.385	90	4	79	5	16	9	3.150	59	9	2.886	26	7	16	4	14	4	55	3	22	3	545	18	1	3	2	1	6	91	3	6	178	51	7	6	50
1947	1.872	43	1	26	9	3	1.824	311	1.758	14	3	8	9	7	20	8	4	250	27	9	145	3	5	185	0	7	37	0	9	105	24	3	3	0	7	105	24	3

1) Nach den Angaben des Österreichischen Statistischen Zentralamtes. — 2) Baumwolle, -abfälle, Flachs, Hanf, Jute und Abfälle davon, Wollabfälle. — 3) Baumwollgarne, -waren, Flachs-, Hanf-, Jutegarne, -waren, Wolllgarne, -waren, Seidengespinne, -waren, Kunstblumen, Schmuckfedern, Hüte, Hutstumpen, Fächer, Schirme, Herren- und Damenkleider, Wäsche, Putzwaren und andere genähte Gegenstände.

Außenhandel nach den wichtigsten Handelspartnern 1)
(ausschließlich des Verkehrs mit Edelmetallen und Münzen)
E = Einfuhr, A = Ausfuhr (in Mill. Schilling)

Zeit	Belgien		Bulgarien		Däne- mark		Deutsch- land		Frank- reich		Griechen- land		Groß- britannien		Italien		Jugo- slawien		Nieder- lande		Nor- wegen																			
	E	A	E	A	E	A	E	A	E	A	E	A	E	A	E	A	E	A	E	A	E	A																		
1937	2	3	1	1	0	8	0	5	0	2	19	5	0	4	4	1	2	5	5	4	6	7	1	4	5	5	4	6	7	1	4	5	5	4	6	7	1	4		
1946	0	1	0	3	0	1	0	0	5	0	0	4	0	8	0	0	1	0	2	0	2	17	3	2	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1947	1	9	1	8	1	2	0	5	2	1	7	5	3	1	7	1	4	9	1	1	11	2	1	2	2	1	5	2	1	5	2	1	5	2	1	5	2	1	5	2

1) Nach den Angaben des Österreichischen Statistischen Zentralamtes.